



FIGU ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
unregelmässig

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 180, Feb. 5, 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Pfizer und ihre Tochterfirmen haben mehr als \$10 Milliarden Strafe seit 2000 in den USA gezahlt

Pfizer und ihre Tochterfirmen sind im Zeitraum von 2000 bis 2018 allein in den USA in 75 Fällen zu Strafzahlungen verurteilt worden. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 10 Milliarden 193 Millionen 896 Tausend 333 Dollar. Das sind mehr als 500 Millionen Dollar Strafe pro Jahr. Dabei sollte man sich vor Augen halten, dass sich diese Zahlen nur auf einen einzigen US-amerikanischen pharmazeutischen Grosskonzern beziehen und nicht auf die gesamte pharmazeutische Branche.

Die Gewinne dieser Konzerne sind wahrhaftig schwindelerregend, da selbst Strafen in Milliardenhöhe sie nicht zu Fall bringen. Trotz eines Strafregistrauszugs mit 75 Einträgen und es sich somit bei diesem Konglomerat um einen schwerkriminellen Serientäter handelt, wird nicht die notwendige Konsequenz gezogen und das Konglomerat zerschlagen. Auch die Alternative, die verantwortlichen Manager zu bestrafen, wird nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Diese verstecken sich geschickt hinter der juristischen Person «Konzern». Somit werden die wahren Verantwortlichen nie bestraft und das Treiben geht unverändert weiter wie bisher. Wie schon nach dem Immobiliencrash in den USA 2008 wurden keine Gesetze erlassen, die die kriminellen Machenschaften stoppen würden.

Darüber hinaus hat der Staat inzwischen erkannt, dass diese Strafen eine profitable Einnahmequelle sind, nachdem die US-amerikanische Tabakindustrie 1998 zu der unglaublichen Strafe von 246 Milliarden Dollar verurteilt wurde. Obwohl dem Staat durch die Strafzahlungen von Pfizer & Co. jetzt beträchtliche Summen

zur Verfügung stehen, um Forschung in alternative nicht-allopathische Heilmethoden wie z.B. Ernährungs- oder Phytotherapie zu investieren, darf wohl zu Recht angezweifelt werden, dass dies je geschehen wird. Michael V.

Zusammenfassung der Strafen der Muttergesellschaft

Name der Muttergesellschaft: Pfizer

Eigentümerstruktur: öffentlich gehandelt (Tickersymbol PFE)

Hauptsitz des Unternehmens: New York

Wichtiger Wirtschaftszweig: Pharmazeutika

Spezifische Industrie: Pharmazeutika

Gesamtbetrag der Strafen seit 2000: **10'193'896'333 \$**

Anzahl der Datensätze: 75

Einzelne Strafregistereinträge (nicht vollständig):

Firma	Primäres Vergehen	Jahr	Kläger	Betrag der Strafe ▼
American Home Products	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2002	Privatklage Bund	- \$3,750,000,000
Pfizer Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2009	FDA	\$2,300,000,000
Pfizer Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2016	DOJ_CIVIL	\$784,600,000
Pfizer	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2004	Privatklage Bund	- \$750,000,000
Pfizer	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2008	Privatklage Bund	- \$745,000,000
Wyeth Pharmaceuticals Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2013	FDA	\$490,900,000
Warner-Lambert	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2004	FDA	\$430,000,000
Wyeth Pharmaceuticals, Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2016	MULTI-AG	(*) \$371,351,180
Pfizer, Inc.	Schmiergelder und Bestechung	2009	MULTI-AG	(*) \$331,485,170
Pfizer	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2013	Privatklage Bund	- \$288,000,000
Wyeth Pharmaceuticals, Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2013	MULTI-AG	(*) \$257,400,000
Warner-Lambert	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2004	MULTI-AG	(*) \$190,000,000
King Pharmaceuticals	False Claims Act und damit verbundene	2005	DOJ_CIVIL	\$124,000,000
King Pharmaceuticals	False Claims Act und damit verbundene	2006	MULTI-AG	(*) \$124,000,000
Pfizer Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2008	MULTI-AG	\$60,000,000

Firma	Primäres Vergehen	Jahr	Kläger	Betrag der Strafe ▼
Pfizer Inc.	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2012	FDA	\$55,000,000
Pfizer Corporation	False Claims Act und damit verbundene	2002	DOJ_CIVIL	\$49,000,000
Pfizer Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2012	MULTI-AG	\$42,900,000
Alpharma Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2010	DOJ_CIVIL	\$42,500,000
Pfizer Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2019	IL-AG	\$41,047,101
Pfizer	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2014	MULTI-AG	\$35,000,000
Wyeth-Ayerst Division	Laboratories Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2000	FDA	\$30,000,000
Pfizer Inc.	Foreign Corrupt Practices Act	2012	SEC	\$26,339,944
Pfizer, Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2018	DOJ_CIVIL	\$23,850,000
Pfizer Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2002	MULTI-AG	(*) \$21,084,700
Wyeth LLC	Foreign Corrupt Practices Act	2012	SEC	\$18,876,624
Pfizer Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2013	TX-AG	\$18,170,000
Pfizer H.C.P. Corporation	Foreign Corrupt Practices Act	2012	DOJ_CRIMINAL	\$15,000,000
Pfizer Inc.	Off-Label- oder nicht zugelassene Werbung für medizinische Produkte	2011	FDA	\$14,500,000
Alpharma USPD, Inc. and Purepac Pharmaceutical Co.	False Claims Act und damit verbundene	2011	KY-AG	\$10,200,000
Pfizer Inc.	Drug or medical equipment safety violation	2014	NV-AG	\$9,500,000
Alpharma Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2010	MULTI-AG	(*) \$8,900,000
Pfizer, Inc. and Pharmacia Corporation	False Claims Act und damit verbundene	2010	HI-AG	\$8,200,000
Pfizer	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2003	MULTI-AG	\$6,000,000
Pfizer, Inc.	Verstoss gegen die Sicherheit von Arzneimitteln oder medizinischen Geräten	2012	OR-AG	\$3,340,000
Pfizer Inc. and Pharmacia Corp.	False Claims Act und damit verbundene	2012	ID-AG	\$2,900,000
Pfizer Inc.	False Claims Act und damit verbundene	2011	MULTI-AG	(*) \$2,621,154
Alpharma, Inc.	Preisabsprachen oder wettbewerbswidrige Praktiken	2004	FTC	\$2,500,000
King Pharmaceuticals LLC	Umweltverstoss	2013	EPA	\$2,200,000
KING PHARMACEUTICALS	Umweltverstoss	2013	EPA	(*) \$2,200,000

Firma	Primäres Vergehen	Jahr	Kläger	Betrag der Strafe ▼
Alpharma USPD, Inc.,	False Claims Act und damit verbundene	2011	MS-AG	\$2,010,667
Purepac Pharmaceutical Co., n/k/a Actavis Elizabeth, LLC	False Claims Act und damit verbundene	2011	MS-AG	\$2,010,667
Wyeth	Verstoss gegen den Verwalter von Leistungsplänen	2013	Privatklage Bund	- \$2,000,000

<https://violationtracker.goodjobsfirst.org/parent/pfizer>

Die Corona-Geister müssen von den Bürgern vertrieben werden – Andere werden es nicht tun

Ein Artikel von: Tobias Riegel, 16. Februar 2022 um 11:15

Die aktuell beschworenen «Lockerungen» sind eine Irreführung: Ein dahinter weiter dauernder Ausnahmezustand kann jederzeit reaktiviert werden, wenn nicht konsequent mit dem ganzen Lockdown-Prinzip gebrochen wird – die entsprechenden «Bedrohungen» werden sich im Herbst wieder finden lassen, wie die Erfahrung zeigt. Darum muss eine Wiederholung der erlebten Politik schon im Vorfeld der nächsten «Wellen» ausgeschlossen werden. Damit die Bürger die freigesetzten Geister der Corona-Propaganda einfangen und endgültig vertreiben können, müssen sie sich jedoch zunächst selbst davon lösen und die entsprechenden Zauberlehrlinge verurteilen: Das zeigen Beispiele an Schulen, in denen dieser Corona-Geist losgelöst von aller Evidenz riesige Schäden anrichtet. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

In der Kampagne zur Corona-Politik gibt es das starke Motiv, dass Kinder und Jugendliche mit drakonischen Massnahmen vor Corona «geschützt» werden müssten. Da aber Kinder und Jugendliche extrem selten schwer an Corona erkranken und sie entgegen der Kampagne keine «Treiber der Pandemie» sind, muss der Charakter der Massnahmen an Schulen etc. als verantwortungslose Drangsalierung bezeichnet werden. Alle Corona-Massnahmen, die Kinder, Jugendliche und den Schulbetrieb betreffen, sind als destruktiv, gefährlich, unverhältnismässig und unberechenbar zu bezeichnen und müssen umgehend und ersatzlos abgeschafft werden.

Panikmache ist nun endgültig verantwortungslos

Diese Erkenntnis setzt sich zwar durch, aber extrem langsam. Die umso skandalösere Gleichzeitigkeit von Erkenntnis und Tatenlosigkeit haben die NachDenkSeiten kürzlich beschrieben. Und je entspannter sich die reale Lage etwa auf den Intensivstationen darstellt, umso lauter werden einige der verbliebenen professionellen Panikmacher. Hier gilt es aber zu unterscheiden: Die Verantwortlichen der Corona-Kampagne, die schlimme gesellschaftliche Folgen bewusst in Kauf nehmen, müssen dafür auch zur Verantwortung gezogen werden. Aber: Viele Bürger, Schüler, Eltern und Lehrer (um beim Beispiel Schule zu bleiben) wurden so stark verängstigt, dass sie nicht sofort einen Weg aus dieser Angst finden, dafür kann man sie nicht verurteilen. Diese Ängste können nicht ignoriert werden, auch wenn ihre Begründungen irrational sind. Umso mehr sollten sich verantwortungsvolle Politiker, Journalisten und sonstige Verstärker nun voll darauf konzentrieren, die Angst zurückzufahren. Wer das nicht macht, offenbart sich in meinen Augen endgültig als verantwortungslos. Denn dadurch werden auch den wenigen wohlmeinenden Politikern Chancen auf ein Umsteuern genommen.

Am Beispiel des Schulbetriebs lässt sich das Wirken der von teils skrupellosen Zauberlehrlingen freigesetzten Geister der Corona-Panik betrachten: Die Ängste bleiben, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz. Ausserdem haben sich hier teils die Rollen vertauscht. Während einzelne Politiker mittlerweile die Angst-Wogen in den Schulen glätten möchten und dafür öffentlich fertiggemacht werden, gibt es unter Lehrern und Eltern grosse Strömungen, die für ein Beibehalten der Massnahmen eintreten, obwohl die sich gegen die eigenen Kinder und Schutzbefohlenen richten.

«Hass-Mobs gegen Politiker, Wissenschaftler und Ärzte»

Ein aktuelles Beispiel für das Wirken dieser Ängste an deutschen Schulen ist eine Initiative, bei der sogar Schülersprecher vor einem «Durchseuchungsplan» an den Schulen warnen sowie FFP2-Masken und die Aufhebung der Präsenzpflcht fordern. Etwa die «Welt» schreibt, dass «dieser irrationale Appell» das Ergebnis einer «Propaganda der Angst» sei. Weiter heisst es, die Darstellung der Schulen als Orte der Virusgefahr sei eine «dogmatisch verfestigte Verschwörungstheorie mit erheblichem fundamentaloppositionellem Mobilisierungspotenzial, in deren Namen sich zuverlässig sozialmediale Hass-Mobs gegen Politiker, Wissenschaftler und Ärzte formieren, um selbige als vermeintliche Vollstrecker eines «menschenverachtenden» biopoliti-

schen Experiments an den Pranger zu stellen» – siehe das aktuelle Beispiel von Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien.

Der Appell der Schülersprecher ist ein gutes Beispiel für die verschiedenen Verantwortlichkeiten: So würde ich einerseits die Schüler selbst als von einer massiven Kampagne überwältigt und darum als weitgehend «unschuldig» bezeichnen. Am Aufruf beteiligte und vorher bereits einschlägig bekannte Wissenschaftler wie Michael Meyer-Herrmann, Dirk Brockmann und Jana Schröder jedoch würde ich erheblich mehr Verantwortung für ihr Handeln zusprechen. Denn auch wegen Äusserungen verantwortungsloser Wissenschaftler zu Corona verbleiben viele Bürger im Griff von irrationalen Ängsten, die dann eine destruktive Politik «rechtfertigen».

Es wird im Artikel auch einmal mehr darauf hingewiesen, dass die Deutsche Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie sowie die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene scharfe Kritik am Umgang mit Kindern und Jugendlichen üben. Die DGPI habe sich etwa schon vor einem Jahr gegen flächendeckende Schnelltests bei asymptomatischen Schülern ausgesprochen und betont, wie wichtig offene Schulen für die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern seien. Die DGKH sage seit Langem, und habe das gerade vor wenigen Tagen wiederholt, dass FFP2-Masken nur für professionelles medizinisches Personal sinnvoll seien und dass Kinder unter 12 Jahren gar keine Masken tragen sollten.

Trügerische «Lockerungen» und lauernder Ausnahmezustand

Von den nun angekündigten «Lockerungen» sollten sich die Bürger nicht täuschen lassen. Ein echtes Ende der Pandemie-Politik wird es erst geben, wenn die Bürger das endgültige und vollkommene Ende der Pandemie-Politik einfordern und eine Wiederholung ausschliessen. Ansonsten wird – das zeigen alle Erfahrungen – ein Ausnahmezustand im Hintergrund am Köcheln gehalten: Nach einer trügerischen Phase der sommerlichen «Kulanz» des Hygienestaates kann eine erneute Angstkampagne vor einer Virusvariante die Corona-Politik immer weiter verstetigen.

So lange die Ungleichbehandlung der Bürger wegen des Impfstatus von Medien, Politik und vielen Bürgern weiter akzeptiert wird, kann von einer «Normalisierung» ohnehin nicht die Rede sein, im Gegenteil: Durch die nun versprochenen «Lockerungen» für Geimpfte wird der relative Druck auf nicht geimpfte und andersdenkende Bürger nun sogar indirekt erhöht. So gelten in Bayern für Geimpfte und Genesene ab Donnerstag generell keine Kontaktbeschränkungen mehr. Die Einschränkungen für nicht geimpfte Bürger bestehen hingegen laut Medienberichten fort: Private Zusammenkünfte im öffentlichen oder privaten Raum, an denen nicht geimpfte und nicht genesene Personen teilnehmen, sollen demnach auf den eigenen Haushalt sowie höchstens zwei Personen eines weiteren Haushaltes beschränkt sein.

Verantwortliche Politiker müssen darum den Sommer nutzen, um während der dann abflauenden Panik Mechanismen gegen eine Wiederholung der erlebten Elemente der Corona-Politik zu installieren. Ohne Gegenwehr werden interessierte Kreise die Gesellschaft sonst in eine weitere destruktive «Welle» aus Panik und Unrecht stürzen und werden versuchen, die Kontroll- und Überwachungs-Instrumente der Corona-Politik in die permanente Anwendung herüberzuretten.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=80900>

Impfpflicht – na und!

VON CLAUS FOLGER, 19. JANUAR 2022



Im Haus meiner Tante in Frankfurt/Sachsenhausen geht ein Mann an Heiligabend in den Keller, um Getränke hochzuholen. Wieder oben in seiner Wohnung sieht er seine Frau tot im Bad liegen. Keine Vorerkrankungen, nichts. Zwei Tage vorher wurde sie geboostert.

Der Freund eines Kollegen meiner Schwester, die in einer Logistikfirma in einem Frankfurter Vorort arbeitet, lässt sich ebenso boostern. Der gesunde 33-jährige Familienvater ist zwei Tage später tot. Er hinterlässt Frau und zwei Kinder. Das Baby ist erst drei Wochen alt. Auch in der Firma selbst schlägt es nach der zweiten bzw. dritten Impfung ein: Krankschreibungen, Entzündungen im Darm-, im Brust- und im Herzbereich. Ein Mitarbeiter bekommt direkt nach der Impfung eine Lungenentzündung, die Augen schwellen an, fünf Tage lang ist er blind. Die Heilpraktikerin meiner Schwester wird von Patienten überrannt, die zum ersten Mal in ihre Praxis kommen, mit Krankheiten, die sie vorher nie hatten.

Impfnebenwirkungen unter- oder überschätzt?

Eine gute Freundin hat nach der ersten Impfung taube und schmerzende Füße, nach der zweiten Impfung setzt die Monatsblutung aus. Sie arbeitet in einem kleinen Imbiss im Frankfurter Flughafen. Die Klavierlehrerin der Mutter ihres Kollegen stirbt direkt nach Erhalt einer Biontech-Impfung. Die Frau eines befreundeten Ehepaars eines Schmuckhändlers aus Frankfurt stirbt einen Tag nach einer Booster-Impfung. Der Mann dreht durch, doch man bescheidet ihm kühl, es sei nur Herzversagen gewesen.

Eine Bekannte ist in den Alten- und Pflegeheimen des Rhein-Main-Gebiets ärztlich tätig. Bei einem älteren Herrn ist ein geheilter Prostatakrebs nach abgeschlossener Grundimmunisierung wieder aktiv geworden. Bei einer älteren Dame ist, ebenfalls nach abgeschlossener Grundimmunisierung, ein jahrelang gutartiger Brusttumor an der gleichen Stelle plötzlich bösartig geworden. Nun bekommt sie Chemotherapie.

Was man in den Heimen durchgehend berichtet: Die Bewohner werden nach Impfungen hinfällig, sie bauen kognitiv ab und stürzen. Aber nur wenige derjenigen, die Corona bekommen, leiden grossartig darunter, so dass die Frage nach dem Sinn von Impfungen gestellt wird. Ein Bekannter von mir arbeitet in einem Altersheim in einem Taunusstädtchen. Dort sterben Bewohner nach Impfungen. Um die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen, kommuniziert die Leitung eine andere Todesursache.

Herzinfarkt nach Impfung

Eine Angestellte im Frankfurter Gesundheitswesen muss sich boostern lassen. Danach schiesst ihr Blutdruck ins Unermessliche, gleichzeitig geht ihr Puls runter. Nimmt sie Medikamente dagegen, schiesst ihr Puls ins Unermessliche und ihr Blutdruck geht runter. Wer kann sie retten? Ein Nachbar erzählt mir von der 13-jährigen Tochter eines Freundes. Nach der zweiten Impfung schwillt ihr Handgelenk stark an, sie kann ihren Arm nicht mehr bewegen und sich nicht mehr allein anziehen. Ein Freund meines Arbeitskollegen wird wenige Tage nach der zweiten Impfung weiss im Gesicht. Herzinfarkt! Auf dem Weg ins Krankenhaus stirbt er.

Um es zusammenzufassen: In meinem konkreten Umfeld kenne ich kaum jemand, der ernsthaft an Corona erkrankt ist, aber viele, die nach Impfungen verstarben bzw. massive bzw. dauerhafte Nebenwirkungen davontragen. Man möge von diesen individuellen Beobachtungen auf die allgemeine Situation in Deutschland schliessen, um zu konstatieren, dass bei einer Atemwegspandemie ein Erreichen von Herdenimmunität durch natürliche Infektion sicherer ist als ein Durchimpfen der gesamten Bevölkerung. Oder drastischer ausgedrückt: Wie die deutsche Regierung weitgehend unter dem Radar einer abgestumpften, da hochideologisierten Gesellschaft durch Impfnötigung ein Massenverbrechen anrichtet.

Noch 2010 konnte die Süddeutsche Zeitung ihre Leser mit folgender Einordnung hinter sich sammeln:

«Mit einem neuen Vakzin nach nur kurzer klinischer Erprobung gleich 25 Millionen Bundesbürger gegen die Schweinegrippe impfen zu wollen, kann man als bedenklichen Grossversuch bezeichnen. Irritierend ist es auch, gegen einen Erreger impfen zu wollen, um die Entstehung eines noch gefährlicheren zu verhindern. Man kann es auch als innovatives Geschäftsmodell bezeichnen.»

Heute würde man mit einer sinngemässen Aussage wie «Politik und Pharmaindustrie wollen doch nur Profit auf Kosten der Gesundheit von Menschen machen» von glücklichen Dreifach-Geimpften weggebissen.

Als im Februar 1976 der US-Soldat David Lewis auf einem Militärstützpunkt in New Jersey an einer Schweinegrippeinfektion starb, liess der damalige US-Präsident Ford als Reaktion darauf etwa 40 Millionen Amerikaner impfen. Wie es dann weiterging, beschreibt «Der Tagesspiegel»:

«Einige der Geimpften erkrankten am Guillain-Barré-Syndrom, einem seltenen Nervenleiden. 500 Menschen klagen in den nächsten Wochen über Lähmungen, etwa 30 sterben. Eine Katastrophe, das Vertrauen der Bevölkerung ist erschüttert. Im Dezember wird das 135 Millionen-Dollar schwere Impfprogramm abgebrochen.»

Heute läuft die staatliche Impfpropaganda (gefährlich! gefährlich! gefährlich! – impfen! impfen! impfen!) trotz unzähliger Impfpfopfer ungebrochen auf allen Medienkanälen weiter. Knapp 60 Jahre nach der offiziellen Aufhebung der Rassentrennung in den USA durch den Civil Rights Act werden in Deutschland – ohne Aufschrei der Öffentlichkeit – Ungeimpfte als Sündenböcke für alles staatlich angeordnet aus dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen.

Sie sehen der Zerstörung ihrer beruflichen Existenz entgegen, können in der Stadt kein Paar Strümpfe mehr kaufen. Frühere Reichspropagandaleiter hätten ihre Freude an der politisch-medialen Pest unserer Zeit, die von der Mehrheit der Deutschen allerdings nicht als solche empfunden wird.

«Wer Angst hat, denkt nicht»

Doch welche Handlungsoptionen haben verantwortungsbewusste Politiker, anstatt unter stakkatoartigen Bedrohungsszenarien die eigene Bevölkerung im Dauerzustand zu drangsalieren? Um die Bürger weiterhin wie unmündige Kinder am Gängelband zu halten, keine andere. Denn «wer Angst hat, denkt nicht, wer Angst hat, lernt nicht» (der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter) bzw. «Angst ist das grosse Tor für alle Gespenster der Welt» (der Philosoph Manfred Hinrich). Der aktuell bestbewertete deutsche Spitzenpolitiker, der schaurige Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), lebt es beispielhaft vor: Altersunangemessen sieht er überall Gespenster, aber nicht, dass die Zunahme psychischer Störungen bei Kindern bis hin zu Selbstmordgefährdungen ein Resultat der Schulschliessungen sind.

Dabei ist das Infektionsgeschehen unauffällig. Schliesslich zeigen die Ergebnisse von GrippeWeb, einem Projekt des Robert Koch-Instituts, dass in den Jahren 2020/2021 sowohl akute Atemwegserkrankungen (ARE) als auch die Rate der grippeähnlichen Erkrankungen (ILI) zum Teil deutlich unter denen der Vorjahre liegen.

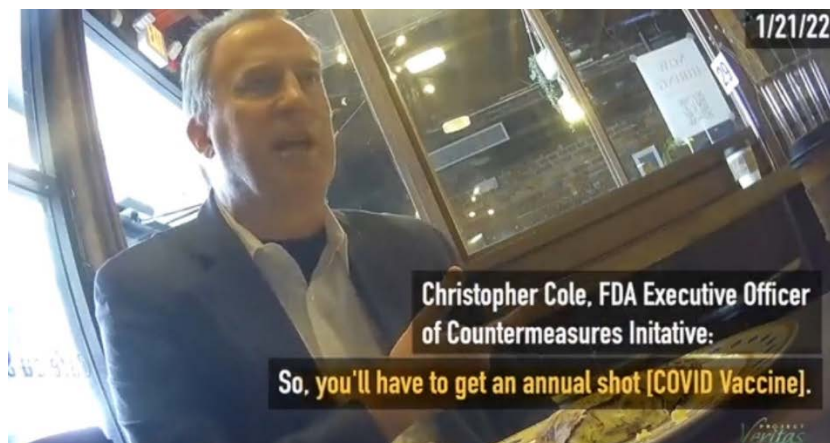
Dem aktuellen Influenza-Wochenbericht ist ausserdem zu entnehmen, dass in der Saison 2021/2022 die Gesamtzahl stationär behandelter Fälle mit akuten respiratorischen Infektionen (SARI) in etwa das Muster der Vorjahre abbildet. «Nach dem Rückgang der SARI-Fallzahlen vor dem Jahreswechsel liegen die Werte insgesamt seit der 52. KW 2021 unter dem Niveau der Vorsaisons.»

Übrig bleibt eine Pandemie als grossangelegtes Gesellschaftsspiel, in der sich jeder an seine ihm zugeteilte Rolle hält. Wie es das Drehbuch verlangt, ist die Mehrheit der Deutschen für die Einführung der allgemeinen Impfpflicht. Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann: «Impfen ist der Moses, der uns aus dieser Pandemie herausführt.» – «Herr, vereinige uns im Kampf gegen das Virus!», betet ein Pastor einer katholischen Gemeinde in Frankfurt/Bornheim unter Kopfnicken seiner arglosen Schäfchen. Der Geist Gottes wehte aber bereits und schenkte Karl Lauterbach für einen kurzen Moment Einsicht, so dass dieser am 16. Mai 2020 twitterte: «Eine Impfpflicht macht bei SarsCov2 so wenig Sinn wie bei Grippe. Wenn die Impfung gut wirkt, wird sie auch freiwillig gemacht. Dann keine Impfpflicht nötig. Wenn sie viele Nebenwirkungen hat oder nicht so gut wirkt, verbietet sich Impfpflicht. Daher nie sinnvoll.»

Quelle: <https://www.blauenarzisse.de/impfopfer-na-und/>

Exekutivbeamter der US-Behörde wird von versteckter Kamera gefilmt: Biden will so viele Menschen wie möglich impfen und will, dass sie sich jährlich impfen lassen

uncut-news.ch, Februar 16, 2022



FDA-Exekutivbeamter Christopher Cole: «Sie werden eine jährliche Impfung [COVID-Impfstoff] erhalten müssen. Ich meine, es ist noch nicht offiziell angekündigt worden, weil sie noch nicht alle aufregen wollen.» Cole über Präsident Joe Biden: «Biden will so viele Menschen wie möglich impfen.»

Cole über Pläne, den Impfstoff für Kleinkinder zuzulassen: «Sie werden [eine Notfallgenehmigung für Kinder unter fünf Jahren] nicht genehmigen.»

Cole über Pharmaunternehmen: «Es gibt einen finanziellen Anreiz für Pfizer und die Pharmaunternehmen, zusätzliche Impfungen zu fördern.»

Cole über den finanziellen Anreiz für Pharmaunternehmen: «Es wird eine wiederkehrende Quelle von Einnahmen sein. Anfangs ist es vielleicht nicht so viel, aber es wird ein wiederkehrender Ertrag sein – wenn sie es schaffen, dass jede Person, für die eine jährliche Impfung erforderlich ist, diese auch erhält, ist das ein wiederkehrender Ertrag, der in ihr Unternehmen fließt.»

Offizielle Erklärung der FDA: «Die Person, die angeblich in dem Video zu sehen ist, arbeitet nicht an Impfstoffangelegenheiten und vertritt nicht die Ansichten der FDA.»

[WASHINGTON, D.C. – 15. Februar 2022] Der Leiter der Food and Drug Administration [FDA], Christopher Cole, hat versehentlich verraten, dass seine Behörde die jährliche COVID-19-Impfung zur Regel machen wird.

Cole ist Executive Officer und leitet die Countermeasures Initiatives der Agentur, die eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit von Medikamenten, Impfstoffen und anderen Massnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Viren spielt. Die Enthüllungen machte er vor einer versteckten Kamera gegenüber einem Undercover-Reporter von Project Veritas.

Cole gibt an, dass jährliche COVID-19-Impfungen nicht wahrscheinlich sind – sondern sicher. Auf die Frage, woher er weiss, dass eine jährliche Impfung zur Regel werden wird, antwortet Cole: «Nach allem, was ich gehört habe, werden sie [die FDA] sie nicht ablehnen.»

Das Filmmaterial, das Teil eins einer zweiteiligen Serie über die FDA ist, enthält auch O-Töne von Cole über die finanziellen Anreize, die Pharmaunternehmen wie Pfizer haben, um den Impfstoff für die jährliche Verwendung zu genehmigen.

«Es wird eine wiederkehrende Einnahmequelle sein», sagte Cole in den Aufnahmen mit versteckter Kamera. «Anfangs ist es vielleicht nicht so viel, aber es wird wiederkehrend sein – wenn sie es schaffen – wenn sie es schaffen, dass jede Person, die geimpft werden muss, jährlich geimpft wird, dann ist das eine wiederkehrende Einnahmequelle, die in ihr Unternehmen fließt.»

Der vielleicht brisanteste Teil des Filmmaterials ist der Moment, in dem Cole unverfroren über die Auswirkungen einer Notfallzulassung auf die Überwindung der regulatorischen Bedenken bei der Verabreichung von Impfstoffen an Kinder spricht.

«Sie werden alle im Rahmen einer Notfallgenehmigung genehmigt, weil es nicht so einschneidend ist wie einige der anderen Genehmigungen», sagte Cole auf die Frage, ob er glaube, dass es «wirklich einen Notfall für Kinder» gebe.

Cole, der behauptet, dass seine Aufgabe bei der FDA darin besteht, sicherzustellen, dass die Behörde einen Rahmen für Sicherheit, Schutz und Effektivität als Teil ihres Bereitschafts- und Reaktionsprotokolls verwendet, nannte insbesondere Bedenken über «Langzeiteffekte, besonders bei jüngeren Menschen».

Über Project Veritas

James O’Keefe gründete Project Veritas im Jahr 2010 als gemeinnütziges journalistisches Unternehmen, um seine Undercover-Reportagen fortzusetzen. Heute untersucht und deckt Project Veritas Korruption, Unehrlichkeit, Selbstbetrug, Verschwendung, Betrug und anderes Fehlverhalten in öffentlichen und privaten Institutionen auf, um eine ethischere und transparentere Gesellschaft zu erreichen und sich in Rechtsstreitigkeiten zu engagieren, um: Die gesetzlich gesicherten Menschen- und Bürgerrechte zu schützen, zu verteidigen und zu erweitern, insbesondere die Rechte des Ersten Verfassungszusatzes, einschliesslich der Förderung des freien Gedankenaustauschs in einer digitalen Welt; die Zensur jeglicher Ideologie zu bekämpfen und zu besiegen; eine wahrheitsgemässe Berichterstattung zu fördern; und Fragen der Rede- und Vereinigungsfreiheit zu verteidigen, einschliesslich des Rechts auf Anonymität. O’Keefe fungiert als CEO und Vorstandsvorsitzender, damit er seine Journalistenkollegen weiterhin anleiten und unterrichten sowie die Kultur von Project Veritas schützen und pflegen kann.

QUELLE: FDA EXECUTIVE OFFICER ON HIDDEN CAMERA REVEALS FUTURE COVID POLICY: ‘BIDEN WANTS TO INOCULATE AS MANY PEOPLE AS POSSIBLE... HAVE TO GET AN ANNUAL SHOT’

Quelle: <https://uncutnews.ch/exekutivbeamter-der-us-behoerde-wird-von-versteckter-kamera-gefilmt-biden-will-so-viele-menschen-wie-moeglich-impfen-und-will-dass-sie-sich-jaehrlich-impfen-lassen/>

The Lancet veröffentlicht die Warnung eines Medizinprofessors, dass eine natürliche Immunität die Impfpflicht überflüssig gemacht hat

uncut-news.ch, Februar 16, 2022

Ein hoch angesehener Medizinprofessor der Universität Leeds verkündet, dass die jüngsten Erkenntnisse über die natürliche Immunität von Covid die Impfvorschriften überflüssig gemacht haben. Ausserdem verschärfen die Vorschriften unnötigerweise den Arbeitskräftemangel im medizinischen Bereich, was der Patientenversorgung schadet.

Der Lancet-Brief wird Dr. Dennis G. McGonagle zugeschrieben, der Professor am Leeds Institute of Rheumatic and Musculoskeletal Medicine an der Universität von Leeds ist.

Laut seiner Universitätsbiografie ist McGonagle Doktor der Medizin am University College Dublin und schloss sein Studium 1990 ab. Er absolvierte seine Ausbildung in Allgemeinmedizin und Rheumatologie am St. James University Teaching Hospital in Dublin und am Leeds General Infirmary UK. Derzeit ist er Professor für investigative Rheumatologie an der vom NIHR finanzierten Academic Unit for the Musculoskeletal Diseases und am Leeds Teaching Hospitals NHS Trust. Er hat ausserdem einen «First Class Honours in Medicine» erhalten.

Dr. McGonagle erläuterte die jüngsten Erkenntnisse über die natürliche Immunität und wie diese mit der geimpften Immunität vergleichbar sind.

«Erstens ist es erwiesen, dass bei einzelsträngigen RNA-Viren wie der Grippe die natürliche Immunität nach der Genesung von der Infektion einen besseren Schutz bietet als die Impfung, die wegen der nachlassenden Immunität des Impfstoffs jährlich durchgeführt werden muss», heisst es in dem Schreiben. «Das Gleiche wurde für SARS-CoV-2 gezeigt; in einer Studie war die Wahrscheinlichkeit einer Reinfektion bei Personen, die einer natürlichen Infektion ausgesetzt waren, zehnmal geringer als bei geimpften Personen ohne natürliche Infektion (bereinigte Hazard Ratio 0-02, 95% CI 0-01-0-04 für eine frühere Infektion gegenüber 0-26, 0-24-0-28 für eine Impfung). Bei Personen, die einer natürlichen Infektion ausgesetzt waren, war auch die Wahrscheinlichkeit geringer, mit COVID-19 ins Krankenhaus eingeliefert zu werden.

Die Johns Hopkins Universität liess im Januar eine leise Bombe über die natürliche Immunität platzen, die in den Mainstream-Medien weitgehend ignoriert wurde. Dr. Marty Makary, der ein Team an der Johns Hopkins Universität leitete, um die Arbeit zu tun, die die CDC und das NIH verweigerten, zeigte, dass 99% der ungeimpften Menschen, von denen bekannt war, dass sie Covid-Infektionen hatten, eine robuste «natürliche Immunität» hatten, die für mindestens 650 Tage nicht abnahm. In dem Schreiben steht weiter:

«Zweitens war vor der COVID-19-Pandemie bekannt, dass die systemische Impfung gegen virale Erreger der Atemwege die Geimpften zwar vor schweren Infektionen schützt, dass diese Personen jedoch aufgrund der fehlenden Schleimhautimmunität das Virus auf nicht geimpfte Personen übertragen können», fährt er fort. «Daher ist es wahrscheinlich, dass Personen, die aufgrund einer natürlichen Infektion immun sind, die Infektion weniger wahrscheinlich auf gefährdete Patienten übertragen (die selbst geimpft sein sollten), als Personen, die geimpft, aber nicht natürlich immun sind. Die Langzeitimmunität in den oberen Atemwegen kann nicht direkt gemessen werden, und die Serumantikörperspiegel sind kein Surrogat für die Schleimhautimmunität.»

Wie bereits bei Becker News berichtet, haben medizinische Experten aufgedeckt, dass Impfstoffe die Ausbreitung nicht nur nicht aufhalten, sondern auch nicht verhindern können.

«Impfstoffe, die in den Muskel – also in das Innere des Körpers – injiziert werden, induzieren nur IgG und zirkulierendes IgA, nicht aber sekretorisches IgA. Solche Antikörper können und werden die Schleimhäute nicht wirksam vor einer Infektion mit SARS-CoV-2 schützen», folgern die Autoren Dr. Bhakdi und Dr. Arne Burkhardt. «Daher bestätigen die derzeit beobachteten «Durchbruchinfektionen» bei geimpften Personen lediglich die grundlegenden Konstruktionsfehler der Impfstoffe.»

Dr. McGonagle fuhr fort, die Gründe aufzuzählen, warum Impfvorschriften angesichts der vorherrschenden natürlichen Immunität irrelevant sind.

«Drittens haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Impfung bei Personen mit früherer natürlicher SARS-CoV-2-Infektion eine so genannte Superimmunität (oder hybride Immunität) hervorruft, d.h. eine höhere Antikörper- und T-Zell-Antwort im Vergleich zur alleinigen Impfung», heisst es in dem Schreiben. «Dieses Konzept wird oft als Argument für die Impfung angeführt, aber für diese Superimmunität gibt es keine nachgewiesenen langfristigen klinischen Korrelate, und eine zunehmende Zahl von Studien zeigt, dass die Impfung bei Personen mit natürlicher Immunität, wenn überhaupt, nur einen geringen zusätzlichen Nutzen hat.»

«Eine höhere Serum-Antikörperreaktion bei geimpften Personen mit einer Überlegenheit gegenüber einer natürlichen Infektion gleichzusetzen, ist falsch, da seit der natürlichen Infektion eine beträchtliche Zeit verstrichen sein könnte, in der die Antikörperspiegel erwartungsgemäss abnehmen», fährt er fort.

Der Professor wies darauf hin, dass die Länder begonnen haben, diese medizinischen Tatsachen anzuerkennen, wobei er feststellte, dass die Impfverpflichtungen den Arbeitskräftemangel zu verschärfen scheinen.

«In einigen Ländern, darunter auch Deutschland, werden die Stimmen der Immunologen bezüglich der Gleichwertigkeit von natürlicher Immunität und Impfung zumindest teilweise gehört, da Mitarbeiter des Gesundheitswesens, die sich von einer natürlichen SARS-CoV-2-Infektion erholt haben, für 90 Tage von der Impfpflicht befreit sind», fügte er hinzu. «Angesichts der Geschichte der viralen Lungenentzündung und der natürlichen Immunität ist die wissenschaftliche Grundlage für diesen Zeitrahmen jedoch unklar – er sollte wohl unbefristet sein.»

«In England herrscht ein ständiger Mangel an Gesundheitspersonal, den eine Impfpflicht wahrscheinlich noch verschärfen würde; dies scheint in der Tat der Hauptgrund dafür zu sein, dass die britische Regierung ihre Politik überdacht hat», fügte er hinzu. «Um eine weitere Krise beim Gesundheitspersonal abzuwenden,

sollte den Politikern die Stärke der natürlichen Immunität bei Personen, die sich von COVID-19 erholt haben, bewusst gemacht werden.»

Interessanterweise hat der Professor frühere Zuschüsse von Pfizer und Janssen angegeben.

«Ich deklariere Zuschüsse von Pfizer und Janssen, die nicht im Zusammenhang mit der eingereichten Arbeit stehen», fügt Dr. McGonagle hinzu.

Ein medizinischer Experte mit Integrität? Das scheint heutzutage nur noch selten der Fall zu sein.

QUELLE: THE LANCET PUBLISHES MEDICAL PROF'S WARNING THAT NATURAL IMMUNITY HAS MADE VACCINE MANDATES IRRELEVANT

Quelle: <https://uncutnews.ch/the-lancet-veroeffentlicht-die-warnung-eines-medizinprofessors-dass-eine-natuerliche-immunitaet-die-impfpflicht-ueberfluessig-gemacht-hat/>

Italienischer Ministerpräsident Draghi: «Ungeimpfte sind nicht Teil unserer Gesellschaft»

uncut-news.ch, Februar 16, 2022

Im vergangenen Monat kündigte der italienische Ministerpräsident Mario Draghi an, dass alle über 50-Jährigen eine Covid-Impfung erhalten müssen. Seit Dienstag brauchen alle Erwerbstätigen über 50 einen sogenannten «grünen Superpass», um arbeiten zu können, schreibt die Zeitung «Il Globo». Die Impfpflicht gilt bis mindestens 15. Juni.



Der «grüne Superpass» wird nur ausgestellt, wenn Sie in den letzten sechs Monaten geimpft wurden oder sich von Covid erholt haben. Sie benötigen den Pass, um Zugang zu Restaurants, Cafés, Kinos, Theatern, Konzertsälen, Nachtclubs, Stadien und öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhalten.

VAERS-Daten zeigen mehr als 24'000 Tote durch die Covid-Impfstoffe

uncut-news.ch, Februar 20, 2022, childrenshealthdefense.org:

Die am Freitag von den Centers for Disease Control and Prevention veröffentlichten VAERS-Daten umfassen insgesamt 1'119'063 Berichte über unerwünschte Ereignisse aus allen Altersgruppen nach COVID-Impfungen, darunter 23'990 Todesfälle und 192'517 schwere Verletzungen zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 11. Februar 2022 erfasst wurden.



Die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) haben heute neue Daten veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 11. Februar 2022 insgesamt 1'119'063 Berichte über unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen an das Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) übermittelt wurden. VAERS ist das wichtigste von der Regierung finanzierte System zur Meldung von unerwünschten Impfstoffreaktionen in den USA.

Die Daten umfassten insgesamt 23'990 Meldungen von Todesfällen – ein Anstieg um 375 gegenüber der Vorwoche – und 192'517 Meldungen von schweren Verletzungen, einschliesslich Todesfällen, im gleichen Zeitraum – ein Anstieg um 4382 gegenüber der Vorwoche.

Ohne «ausländische Meldungen» an VAERS wurden in den USA zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 11. Februar 2022 760'102 unerwünschte Ereignisse, darunter 10'909 Todesfälle und 79'111 schwere Verletzungen, gemeldet.

Ausländische Berichte sind Berichte, die ausländische Tochtergesellschaften an US-Impfstoffhersteller senden. Gemäss den Vorschriften der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) muss ein Hersteller, der über einen ausländischen Fallbericht informiert wird, der ein schwerwiegendes Ereignis beschreibt, das nicht auf dem Etikett des Produkts aufgeführt ist, den Bericht an VAERS übermitteln.

Von den bis zum 11. Februar gemeldeten 10'909 Todesfällen in den USA traten 18% innerhalb von 24 Stunden nach der Impfung auf, 23% innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung und 60% bei Personen, bei denen die Symptome innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung auftraten.

In den USA waren bis zum 11. Februar 546 Millionen COVID-Impfstoffdosen verabreicht worden, davon 321 Millionen Dosen von Pfizer, 206 Millionen Dosen von Moderna und 18 Millionen Dosen von Johnson & Johnson (J&J).



From the 2/11/2022 release of VAERS data:

Found 1,119,063 cases where Vaccine is COVID19

[Government Disclaimer on use of this data](#)

Table

↓ Event Outcome	↑ ↓ Count	Percent
Death	23,990	2.14%
Permanent Disability	43,476	3.89%
Office Visit	173,801	15.53%
Emergency Room	102	0.01%
Emergency Doctor/Room	119,353	10.67%
Hospitalized	130,439	11.66%
Hospitalized, Prolonged	335	0.03%
Recovered	316,951	28.32%
Birth Defect	926	0.08%
Life Threatening	27,305	2.44%
Not Serious	492,687	44.03%
TOTAL	† 1,329,365	† 118.79%
† Because some cases have multiple vaccinations and symptoms, a single case can account for multiple entries in this table. This is the reason why the Total Count is greater than 1119063 (the number of cases found), and the Total Percentage is greater than 100.		

Jeden Freitag veröffentlicht VAERS die bis zu einem bestimmten Datum eingegangenen Meldungen über Impfschäden. Die an VAERS übermittelten Meldungen erfordern weitere Untersuchungen, bevor ein kausaler Zusammenhang bestätigt werden kann. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass VAERS nur 1% der tatsächlichen unerwünschten Impfstoffereignisse meldet.

Die US-VAERS-Daten vom 14. Dezember 2020 bis 11. Februar 2022 für 5- bis 11-Jährige zeigen: 8173 unerwünschte Ereignisse, darunter 179, die als schwerwiegend eingestuft wurden, und 3 gemeldete Todesfälle.

Der jüngste Todesfall betrifft ein 7-jähriges Mädchen (VAERS I.D. 1975356) aus Minnesota, das 11 Tage nach der ersten Dosis des COVID-Impfstoffs von Pfizer starb, als es von seiner Mutter nicht mehr ansprechbar war. Eine Autopsie ist noch nicht abgeschlossen.

16 Berichte über Myokarditis und Perikarditis (Herzentzündung).

29 Berichte über Störungen der Blutgerinnung.

U.S. VAERS-Daten vom 14. Dezember 2020 bis 11. Februar 2022 für 12- bis 17-Jährige zeigen:

29'154 unerwünschte Ereignisse, darunter 1675 als schwerwiegend eingestufte und 38 gemeldete Todesfälle.

Bei den jüngsten Todesfällen handelt es sich um einen 13-jährigen Jungen (VAERS-Identifikationsnummer 2042005) aus einem nicht näher bezeichneten Bundesstaat, der sieben Monate nach Verabreichung seiner zweiten Moderna-Dosis an einem plötzlichen Herzinfarkt starb, und um eine 17-jährige Frau aus einem

nicht näher bezeichneten Bundesstaat (VAERS-Identifikationsnummer 2039111), die nach Verabreichung ihrer ersten Moderna-Dosis starb. Die medizinischen Informationen waren begrenzt und es ist nicht bekannt, ob in beiden Fällen eine Autopsie durchgeführt wurde.

68 Berichte über Anaphylaxie bei 12- bis 17-Jährigen, bei denen die Reaktion lebensbedrohlich war, eine Behandlung erforderte oder zum Tod führte – wobei 96% der Fälle auf den Impfstoff von Pfizer zurückgeführt werden.

639 Berichte über Myokarditis und Perikarditis, wobei 627 Fälle auf den Impfstoff von Pfizer zurückgeführt wurden.

158 Berichte über Blutgerinnungsstörungen, wobei alle Fälle auf Pfizer zurückgeführt wurden.

U.S. VAERS-Daten vom 14. Dezember 2020 bis zum 11. Februar 2022 für alle Altersgruppen zusammen zeigen:

19% der Todesfälle waren auf Herzerkrankungen zurückzuführen.

54% der Verstorbenen waren männlich, 41% waren weiblich, und bei den übrigen Todesmeldungen wurde das Geschlecht der Verstorbenen nicht angegeben.

Das Durchschnittsalter der Verstorbenen lag bei 72,7 Jahren.

Bis zum 11. Februar meldeten 5086 schwangere Frauen unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen, darunter 1635 Berichte über Fehl- oder Frühgeburten.

Von den 3557 gemeldeten Fällen von Bellsche Lähmung wurden 51% auf Impfungen von Pfizer, 40% auf Moderna und 8% auf J&J zurückgeführt.

851 Berichte über das Guillain-Barré-Syndrom (GBS), wobei 40% der Fälle auf Pfizer, 30% auf Moderna und 28% auf J&J zurückgeführt wurden.

2323 Berichte über Anaphylaxie, wobei die Reaktion lebensbedrohlich war, eine Behandlung erforderte oder zum Tod führte.

1592 Berichte über Myokardinfarkte.

13'102 Berichte über Blutgerinnungsstörungen in den USA. Davon wurden 5846 Berichte Pfizer zugeschrieben, 4670 Berichte Moderna und 2542 Berichte J&J.

3992 Fälle von Myokarditis und Perikarditis, von denen 2456 Fälle Pfizer, 1335 Fälle Moderna und 170 Fälle dem Impfstoff COVID von J&J zugeschrieben werden.

Impfstoff von Pfizer und BioNTech gegen die Omikron-Variante von COVID verzögert sich

Der neue Impfstoff von Pfizer und BioNTech, der speziell auf die Omicron-Variante abzielt, hat sich um mehrere Wochen verzögert, weil die Datenerfassung langsamer als erwartet verlief, sagte Ugur Sahin, CEO von BioNTech, am Donnerstag.

Sobald ein neuer Impfstoff fertig sei, werde das Unternehmen prüfen, ob ein variantenspezifischer Impfstoff noch erforderlich sei, so Sahin.

«Wenn die Welle endet, heisst das nicht, dass sie nicht wieder beginnen kann», sagte er und fügte hinzu, dass BioNTech neue Impfstoffe entwickeln könnte, wenn neue Varianten auftauchen.

«Ich sehe die Situation wirklich nicht mehr so dramatisch», sagte Sahin und bezog sich dabei auf die zukünftige Entwicklung von COVID. Pfizer und BioNTech hatten ursprünglich geplant, bis Ende März einen neuen Impfstoff auf den Markt zu bringen, sagten aber, dies hänge davon ab, wie viele klinische Daten die Regulierungsbehörden verlangen würden.

Autopsien zeigen, dass zwei Teenager an einer durch den Impfstoff von Pfizer verursachten Herzentzündung gestorben sind

Pathologen, die die Autopsien von zwei Teenagern untersuchten, die wenige Tage nach der Verabreichung des Impfstoffs COVID-19 von Pfizer gestorben waren, kamen zu dem Schluss, dass der Impfstoff den Tod der Teenager verursacht hat.

Die drei Pathologen, von denen zwei Gerichtsmediziner sind, veröffentlichten ihre Ergebnisse am 14. Februar in einem Artikel mit dem Titel «Autopsy Histopathologic Cardiac Findings in Two Adolescents Following the Second COVID-19 Vaccine Dose» in den Archives of Pathology and Laboratory Medicine.

Die Ergebnisse der Autoren waren schlüssig. Zwei Jungen im Teenageralter wurden drei und vier Tage nach Verabreichung der zweiten COVID-19-Dosis von Pfizer-BioNTech in ihren Wohnungen für tot erklärt.

Es gab keine Hinweise auf eine aktive oder frühere COVID-19-Infektion.

Die toxikologischen Untersuchungen der Teenager waren negativ (d. h. es waren keine Drogen oder Gifte in ihrem Körper vorhanden).

Richter hindert Air Force daran, einen Offizier zu bestrafen, der die COVID-Impfung aus religiösen Gründen verweigert hat

Bundesrichter Tillman E. Self III erliess eine einstweilige Verfügung für einen Reserveoffizier der Luftwaffe, dem eine religiöse Befreiung von der COVID-Impfpflicht des Militärs verweigert wurde, und bezeichnete das Verfahren des Militärs zur Gewährung einer religiösen Befreiung als «illusorisch und unaufrichtig».

Der Richter sagte, dass die Luftwaffe wahrscheinlich die Rechte der Offizierin nach dem ersten Verfassungszusatz verletzt hat, als sie ihren Antrag auf eine religiöse Befreiung und die anschliessende Berufung ablehnte, und wies die Luftwaffe an, «alle nachteiligen Massnahmen» gegen die Offizierin auf der Grundlage

«dieser Klage oder ihres Antrags auf eine religiöse Befreiung zu unterlassen, insbesondere einschliesslich der Erzwingung ihrer Pensionierung».

Bis zum 8. Februar hatte die Luftwaffe nur 3313 Impfbefreiungen genehmigt, die jedoch aus medizinischen oder nicht-religiösen administrativen Gründen gewährt wurden. Zu dem Zeitpunkt, als die ungenannte Offizierin am 6. Januar ihre Klage einreichte, hatte die Luftwaffe noch keine religiösen Ausnahmen gewährt. Bis heute hat die Luftwaffe nur neun religiöse Ausnahmegenehmigungen erteilt, 3665 Anträge abgelehnt und prüft noch 3288 Anträge. 142 aktive Luftwaffenangehörige wurden wegen der Verweigerung des Impfstoffs verwaltungsmässig getrennt, so die Luftwaffe in ihrem COVID-Update von letzter Woche.

QUELLE: NEARLY 24,000 DEATHS AFTER COVID VACCINES REPORTED TO VAERS, DATA SHOW

Quelle: <https://uncutnews.ch/vaers-daten-zeigen-mehr-als-24000-tote-durch-die-covid-impfstoffe/>

USA: 2044 vollständig geimpfte Einwohner von Indiana starben an COVID und mehr als 329'000 Durchbruchsfälle wurden registriert

uncut-news.ch, Februar 20, 2022



Mehr als 2000 vollständig geimpfte Einwohner von Indiana sind inzwischen an COVID-19 gestorben, obwohl die Zahl der neuen Coronavirus-Fälle in diesem Bundesstaat zurückgegangen ist.

Seit Beginn der Pandemie haben die Gesundheitsbehörden in Indiana insgesamt 2044 Todesfälle durch COVID-19 registriert. Mindestens 86% davon traten bei Einwohnern im Alter von 65 Jahren und älter auf, mit einem Durchschnittsalter von 78 Jahren. Die Zahl der Todesfälle entspricht 0,056% aller geimpften Personen in diesem Bundesstaat.

Bis Donnerstag haben die Gesundheitsbehörden ausserdem 329'167 Durchbruchsinfektionen und 3858 Krankenhausaufenthalte mit COVID-19 unter den Geimpften registriert. Diese Zahlen entsprechen 8,961% bzw. 0,105% aller vollständig geimpften Personen in Indiana, das zeigen Daten des Gesundheitsministeriums.

QUELLE: 2,044 FULLY VACCINATED INDIANA RESIDENTS DIED OF COVID-19; 329,000 BREAKTHROUGH CASES RECORDED

Quelle: <https://uncutnews.ch/usa-2044-vollstaendig-geimpfte-einwohner-von-indiana-starben-an-covid-und-mehr-als-329-000-durchbruchsfaelle-wurden-registriert/>

Leserbriefe zu «Impfpflichtdebatte – Wahnsinn mit Ansage»

20. Februar 2022 um 11:45, Ein Artikel von: Redaktion

Jens Berger setzt sich hier kritisch mit der Debatte um eine Impfpflicht gegen Sars-CoV-2 auseinander. Die Befürworter würden «treffsicher wie blutige Laien am Thema vorbei argumentieren» und z.B. nicht den Unterschied zur Pocken-Impfung verstehen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach argumentiere komplexer und warne vor einer «Horror-Mutante». Gegen diese «Lauterbach-Mutante» könne ein Impfstoff erst entwickelt werden, wenn sie entstanden sei. Unterstellt wird, dass diese «Horror-Mutante» lediglich ein Vorwand ist, um die Bevölkerung im Herbst erneut impfen zu können. Abschliessend wird festgestellt, dass die Pharma-Lobby offenbar «gute Arbeit» geleistet habe. Danke für die interessanten E-Mails. Es folgt eine Auswahl. Zusammenge stellt von Christian Reimann.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

wieder einmal treffen Sie mit einem Corona-Beitrag wie dem o.g. meinen Nerv, da ich entschieden gegen die Einführung einer Impfpflicht bin. Zum Unsinn einer Impfpflicht ist schon vieles gesagt worden, leider ist die grosse Mehrheit der Mitbürger nicht mit dabei, wenn es darum geht, sich dagegen in aller Deutlichkeit zu positionieren. Auch erspare ich mir, Politiker wie den Bundeskanzler oder den Bundesgesundheitsmini-

ster persönlich für ihr Vorhaben zu kritisieren, denn jede entsprechende Aussage würde diese Menschen nur aufwerten.

Eine Impfpflicht-Einführung wäre dann eine weitere Übergriffigkeit des Staates, von denen es mittlerweile ja einige gibt. Insbesondere macht mich fassungslos, dass man nicht einmal mehr ein Bier trinken gehen kann, ohne in der Gastronomie seinen «Passierschein» vorlegen zu müssen. Selbst meinem Arbeitgeber muss ich meinen Impfstatus nachweisen oder täglich einen negativen Test vorlegen, um das Dienstgebäude betreten zu dürfen. Und hat ein nahestehendes Haushaltsmitglied Corona, lässt mich mein Arbeitgeber vorläufig nicht mehr ins Gebäude, stattdessen muss ich sein Homeoffice-Angebot annehmen oder nachvollziehbar begründen, warum ich dies nicht annehmen kann. Mich stört es gewaltig, dass ich mich zu solchen Dingen erklären muss. Eine Impfpflicht wäre sogar eine Steigerung und somit ein noch schwerer zu ertragender Eingriff.

Sie fragen sich in Ihrem Artikel abschliessend, worum es den Vordenkern geht. Ich denke, dass es zu kurz gegriffen ist, hier als politische Zielsetzung nur die Umsatzsteigerungen der Pharmakonzerne zu vermuten. Natürlich geht es auch um kapitalistische Interessen. Ich vermute allerdings, dass es um mehr geht, insbesondere um Kontrolle und letztendlich um die Einführung eines Überwachungsstaates zur Sicherung von Macht. Eine Impfpflicht würde aus meiner Sicht die Einführung eines Impfregisters nach sich ziehen und im Ergebnis jedem Bürger eine digitale Identität verpassen. Verknüpft man dann weitere digitale Daten (z.B. Krankenakten, Bankdaten u.v.m.), dann wird der Mensch gläsern. Und niemand kann garantieren, dass digitale Daten nicht gehackt und/oder missbraucht werden. Der Mensch würde schutzlos und angreifbar. Von Errungenschaften wie Datenschutz, Privatsspähre und Bargeld werden wir wohl nach und nach Abschied nehmen müssen. Mich irritiert, wie achselzuckend viele Mitbürger sich sehenden Auges solchen Entwicklungen ergeben. Den meisten werden die Konsequenzen wohl erst bewusst, wenn der Überwachungsstaat Realität ist. Mächtige Konzerne haben im Hintergrund längst das Sagen, grosse Teile der Politik und der Medien sind zu Handlangern geworden und der einzelne Mensch wird kapitalistisch ausgenutzt. Hier kann wirklich nur noch Gott helfend eingreifen.

Beste Grüsse,
D.B.

2. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

«... als sei ihr oberstes Ziel die Umsatzsteigerung der Pharmakonzerne» schreiben Sie.

Zu welchem Schluss soll man denn sonst kommen? Es ist so! Was denn sonst??

Es wird alles geplündert was nicht niet- und nagelfest ist!

Und jetzt mache ich mit Ihnen eine Wette: Eine Impfpflicht kommt!

Nicht für dieses Virus. Nein! Der Braten ist gegessen!

Man wird ein Gesetz sozusagen auf Vorrat machen. Falls ... vorausschauend ... dass man dann vorbereitet ist ... und weil so ein Chaos wie dieses Mal nicht mehr vorkommen darf ...

Da findet man schon Gründe.

Das ist kein Wahnsinn. Die haben Blut geleckt!

Und unsere Bundestagsabgeordneten? Naja ... Sie schreiben ja selbst: Blutige Laien!

Zeiten zum Verzweifeln für einen informierten NDS-Leser *seufz

Liebe Grüsse,

Jürgen Przewodnik

3. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

ich schätze Ihre unaufgeregten und sehr sachlichen Artikel zum Thema Corona sehr (natürlich nicht nur diese :) so auch diesen zur Impfpflichtdebatte.

Ein paar Anmerkungen möchte ich dennoch machen.

Ihre Überschrift «Wahnsinn mit Ansage» trifft den aktuellen Zustand ganz gut.

Allerdings finde ich die von Ihnen beschriebenen Beispiele nicht ausreichend.

Noch ein zu benennender Wahnsinn:

Während überall um uns herum von Lockerungen, bzw. Beendigung der restriktiven Coronamassnahmen die Rede ist, bzw. sie sogar bereits teilweise umgesetzt werden, wird bei uns Sonntagsabends zur besten Sendezeit bei «Anne Will» genau über dieses Thema «Einführung einer Impfpflicht» so diskutiert, als ob das gar nicht zur Disposition mehr steht.

Da dürfen «Schwurbler» (sorry, es ist normalerweise nicht meine Art, so despektierlich über andere Menschen zu sprechen), ihre kruden Thesen vor einem Millionenpublikum verbreiten, dass einem beim Zusehen und Zuhören schon ganz schwindelig wird.

Da kann unser Gesundheitsminister in aller Öffentlichkeit verbreiten, dass die Impfungen «nebenwirkungsfrei» sind und gleichzeitig kann die Öffentlichkeit ohne Zugangsbegrenzung in der elektronischen Datenbank

der Krankenkassen (enek) nachlesen, dass im Jahr 2021 rund 24'000 Fälle von Impfnebenwirkungen behandelt und abgerechnet wurden.

Und diese Zahlen stellen sicherlich nur die Spitze des Eisberges dar.

Und der absolute Gipfel des Wahnsinns, niemand in der Runde greift diese Aussage auf und hinterfragt sie, am wenigsten noch eine Anne Will.

Oder, es wird ständig von der Überlastung des Gesundheitssystems geredet, welche unbedingt zu verhindern wäre.

Und auch hier ist die enek eine grosse Hilfe für eine vernunftorientierte und sachliche Betrachtung.

Trotz zahlreicher Krankenhausschliessungen, Abbau von Betten (Intensiv und Normalstationen) gab es in Deutschland flächendeckend in den Jahren 2020 und 2021 eine historische Unterauslastung von Krankenhausbetten und Stationen.

Das heisst nicht, und das möchte ich ganz deutlich betonen, dass es in bestimmten Stationen und Krankenhäusern nicht zu einer massiven und fast schon unerträglichen Überbelastung des gesamten Personal gekommen ist!

Die Überlastung des Gesundheitssystem aber lieferte die ganze Zeit die Rechtfertigung der eingeleiteten Massnahmen, für Grundrechtseinschränkungen und die Einführung einer Impfpflicht. Ist das nicht Wahnsinn?!

Und dann schreiben Sie Herr Berger:

«Bei einem Grossteil der Abgeordneten kann man durchaus davon ausgehen, dass sie schlicht uninformiert und der Panikmache der Medien voll auf dem Leim gegangen sind und ihren Verstand ausgeschaltet haben. Das hat die «Orientierungsdebatte» im Bundestag eindrücklich gezeigt.

Nein, das kann und möchte ich so nicht glauben und akzeptieren. Es handelt sich hier um Volksvertreter, die von der Bevölkerung dazu legitimiert – also beauftragt- wurden, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ordentlich und sachgemäss (nicht unabhängig) zu vertreten.

Es ist also deren Job, sich über wichtige politische Vorgänge im Lande mit entsprechender tiefgehender Bedeutung umfänglich zu informieren.

Hierbei ist es nicht legitim, dass man seinen Verstand einfach abschaltet und evtl. andere für sich denken lässt. Das wäre ja quasi Arbeitsverweigerung.

Nein, das ist mir zu einfach.

Aber in diesem Punkt hier möchte ich Ihnen zustimmen:

«Da kann man ausnahmsweise wirklich nur hoffen, dass zumindest die Union sich diesem Wahnsinn entgegenstellt. Und das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn man als bekennender progressiver Linker auf eine Mehrheit von Union, AfD und Teilen von Linkspartei und FDP zählen muss, zeigt dies, in welch verrückten Zeiten wir leben.»

Ich habe mich in der letzten Zeit auch immer wieder dabei ertappt, wie es sich anfühlt wenn man als bekennender, progressiver Linker plötzlich den Aussagen von AfD und ÖVP Politikern zustimmt und wenn einem Aufsätze oder Kommentare von Hr. Kubicki als schlau und gut durchdacht vorkommen. Ich möchte sagen, das grenzt (fast) an Wahnsinn, bzw. kann einen schon ein bisschen verrückt machen.

Wenn es nicht so ernst wäre, glaube ich, würden wir viel zu lachen haben.

In diesem Sinne, zwischen Wahnsinn, verrückt werden und doch noch lachen

Jens Biester

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Ihr Artikel zur Impfpflichtdebatte klammert meiner Meinung nach eine ganz entscheidende Thematik aus: Das (gesundheitliche) Risiko der «Impfung». Zumindest gehen Sie nicht genügend darauf ein.

Mich würde mal interessieren, wie das momentan existierende «System» des PEI zur «Ermittlung der Impfrisiken» zu bewerten ist. Wenn ich mich nicht sehr täusche, ist das völlig unzureichend.

Wer hat denn die Funktionsweise dieses «Systems» schon mal überprüft? Oder eine Überprüfung eingeklagt? Das PEI kann offensichtlich erfassen (lassen) wie es will, oder auch nicht erfassen (lassen).

Normalerweise muss so eine wichtige Angelegenheit absolut transparent gehandhabt werden. Und so komplett wie möglich. Wir Bürger sind da scheinbar vollkommen machtlos.

Solange das so laufen kann, wie es seit dem Einsatz der «Impfung» läuft, kann jeder behaupten was er will.

Die Passage in Ihrem Artikel ist typisch:

«Und dass eine Impfpflicht ein extremer Eingriff in die Grundrechte ist und selbst mit einem vergleichsweise sicheren Impfstoff zahlreiche Menschen töten wird, muss an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden.»

Was jetzt?: «...vergleichsweise sicher...» oder «...wird zahlreiche Menschen töten...».

Sie möchten ja auch nicht, dass bei Ihrem Auto die Bremsen «vergleichsweise zuverlässig» funktionieren.

Und die Meinung des Bundesverkehrsministers bei so einer Frage ist auch nicht sonderlich relevant.

Das wird richtig geprüft (vom Fahrzeughersteller und von der zuständigen Prüfstelle) und nicht so wie bei der Impfung.

Und sogar das Bundesverfassungsgericht meint, die Risiken der Impfung sind sehr gering. Die Frage nach der Tauglichkeit des Systems wird auch vom obersten Verfassungsgericht nicht gestellt.

Armes Deutschland!

Günther Oberbeck

5. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie schreiben:

«..., agiert die deutsche Politik so, als sei ihr oberstes Ziel die Umsatzsteigerung der Pharmakonzerne.»

«sei»? da muss doch, statt des Konjunktivs, der Indikativ hin: «ist»!

Weiter:

«Bei einem Grossteil der Abgeordneten kann man durchaus davon ausgehen, dass sie schlicht uninformatiert und der Panikmache der Medien voll auf dem Leim gegangen sind und ihren Verstand ausgeschaltet haben.»

Uninformatiert? In einer Sache, die zur Zeit auf der politischen Agenda ganz oben steht? Das sollte man unseren Volksvertretern nicht unterstellen. Es hiesse ja, sie machen ihren gut bezahlten Job nicht. Ich vermute, sie folgen einfach dem politischen und gesellschaftspolitischen Paradigma aus der Merkelzeit, das da lautet:

1. Uns geht es gut!

2. Es darf sich nichts ändern!

3. Die Politik ist dazu da, dem Volk die Punkte 1 und 2 zu bestätigen.

Es sieht doch so aus, als hätte eine Mehrheit sich gut mit der Angst vor Corona eingerichtet. Nicht schon wieder was Neues, Unbekanntes (siehe Punkt 2)! Angst vor «dem Russen», Finanzkrise, 3. Weltkrieg, einstürzende Autobahnbrücken? Bitte nicht! Wir haben uns doch so schön an Papa Lauterbach gewöhnt. Ich schätze, die Abgeordneten machen das was sie immer machen, schauen woher der Wind weht und ihr Fähnchen darin flattern lassen.

Aber ich habe noch eine ernsthafte Frage an den Experten, betrifft nicht impfen, sondern PCR-Test. Jetzt haben schon Macron und Scholz vor dem Treffen mit Putin, den PCR-Test (den russischen) verweigert. Soll man ihnen zur Schau gestellte Russophobie unterstellen? Ich denke, das wäre zu albern. Wovor haben die Angst? Wenn man berücksichtigt, dass Transatlantiker genau wie ihre Lehrmeister ticken, nämlich von Projektion verblendet sind, dann ist die Schlussfolgerung, die haben Angst vor dem Test, weil mit dem eigenen, dem EU-PCR-Test etwas nicht in Ordnung ist. Was könnte das sein? Soll damit vielleicht eine EU-weite DNA-Datenbank aller Bürger erstellt werden? Ein feuchter Traum der Geheimdienste.

Herzliche Grüsse, Rolf Henze

6. Leserbrief

Lieber Albrecht, lieber Jens,

zunächst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an euch für eure Arbeit, euren Mut und eure Durchhaltekraft! Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie gut es tut, Artikel zu lesen, die einem aus dem Herzen sprechen und die man in den allermeisten grossen Medien so schmerzlich vermisst. Vor allem, wenn man sich vorstellen kann, mit wieviel Gegenwind ihr dabei zu kämpfen habt. Ich schreibe seit zwei Jahren auf meinem Facebook Profil meinen Frust herunter, was die Coronapolitik unserer Bundesregierungen angeht und bin immer wieder fassungslos, welche Reaktionen ich dabei hervorrufe. Mein «Freundeskreis» hat sich extrem verkleinert und viele halten mich für einen verschwörungsgläubigen Nazi oder schlicht für dumm – dabei gebe ich mir immer grösstmögliche Mühe, sachlich zu bleiben. Zum Glück bin ich ja aber nicht der Einzige, der es eher mit Evidenz und Rationalität hält, als mit Propaganda und Panikmache. Dank also an euch, dass ich den Glauben an den Sieg der Vernunft über die Angst noch nicht komplett verloren habe.

Vor ein paar Wochen wurde ich über Umwege gebeten, eine Website zu erstellen, die die Stimmung gegen die Impfpflicht widerspiegeln sollte. Inzwischen haben wir knapp 250'000 Votings gegen die Impfpflicht einsammeln können – und zwar innerhalb von 14 Tagen. Wir finden das beachtlich, aber es reicht uns noch nicht aus. Wir zielen auf 1 Million Unterzeichner bis Ende Februar. Daher unsere Bitte: Helft dabei, mit der Website nein-zur-impfpflicht-in-deutschland.de noch viel mehr Menschen zu erreichen, indem ihr euch bereit erklärt, als Unterstützer genannt zu werden! Oder – noch besser – veröffentlicht unseren Aufruf auf den Nachdenkseiten!

Wenn ihr Fragen zu uns habt, Interesse an einer Zusammenarbeit habt oder uns unterstützen wollt, meldet euch sehr gern! Entweder direkt bei mir oder dem Initiator der Initiative Georg Armbrüster (info@nein-zur-impfpflicht-in-deutschland.de).

Danke!

Gruss, Dirk Heurich

7. Leserbrief

ja, ja, ja, und dazu:

«Wenn man als bekennender progressiver Linker auf eine Mehrheit von Union, AfD und Teilen von Linkspartei und FDP zählen muss, zeigt dies, in welch verrückten Zeiten wir leben.»

ja, tempora mutantur

und es bleibt die offene Frage:

Womit haben wir eine blinde und kriechende Linke verdient?

Jürgen Kunze

8. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Berger,

herzlichen Dank für den o. g. Artikel, welchem ich grundsätzlich zustimmen kann!

Dieser Passage:

«Wenn Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Sars-CoV2-Virus ins Schwärmen kommen, sprechen sie gerne von der Ausrottung der Pocken durch eine allgemeine Impfpflicht. Und wer sich die Orientierungsdebatte zur Corona-Impfpflicht vom 26. Januar anschaut, kommt nicht um den Verdacht herum, dass auch die allermeisten Befürworter im Bundestag überhaupt nicht verstanden haben, dass es zwischen der Pocken-Impfung und der Impfung gegen das Sars-CoV2-Virus elementare Unterschiede gibt. Allerspätestens durch die Omikron-Variante ist es schliesslich klar, dass eine Impfung hier „lediglich“ vor schweren Krankheitsverläufen, aber nicht vor Infektion und schon gar nicht davor schützt, das Virus selbst weiterzugeben. Man kann Corona nicht wie die Pocken ausrotten.»

stünde allerdings jener interessante Text entgegen:

amidwesterndoctor.substack.com/p/the-smallpox-pandemic-response-was?utm_source=url

Ein übersetzter Auszug:

Mandate wurden beendet und bis 1887 war die Durchimpfungsrate auf 10% gesunken.

Die medizinische Gemeinschaft lehnte dieses Modell vehement ab und sagte eifrig voraus, dass Leicesters «gigantisches Experiment» bald zu einem schrecklichen «Massaker» führen würde,...

Da die vorhergesagte Katastrophe ausblieb, hatte Leicester dramatisch niedrigere Pockenraten als andere vollständig geimpfte Städte (im Bereich von 1/2 bis 1/32).

Mit freundlichen Grüßen

Robert Christoph

9. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

wenn es, wie Sie schreiben, möglicherweise ein grosses Informationsdefizit bei vielen Abgeordneten gibt, dann sollten wir Bürger vielleicht die Abgeordneten kontaktieren und Ihnen Informationen schicken (besser noch, wenn dies ausgewiesene Experten mit entsprechenden Hinweisen zu einschlägigen wissenschaftlichen Informationen tun würden).

Vielleicht könnten die Nachdenkseiten einen entsprechenden Aufruf starten zur Information unserer Abgeordneten zur Corona-Lage und zur Impfung/Impfpflicht.

Ich habe jüngst bezüglich der Beendigung der Massnahmen wegen fehlender Gefahrenlage eine Email an die Abgeordneten meines Wahlkreises geschickt, die Sie als ein Beispiel gerne veröffentlichen dürfen (sh. unten).

Mit freundlichen Grüßen

Alexandar Allinger

10. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Baldy,

als Bürger Ihres Wahlkreises möchte ich Sie auffordern, sich für ein sofortiges Ende der Corona-Massnahmen in Deutschland einzusetzen.

Es gibt keine Gefahr mehr, die mit dem Gefahrenabwehrrecht (Infektionsschutzgesetz) unter Einschränkung von Grundrechten adressiert werden muss, denn eine epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht seit Ende November nicht mehr.

Die Infektionssterblichkeit bei Infektionen mit der Omikron-Variante von SARS-CoV-2 liegt nur bei etwa 0,01–0,02% und damit bei einem Zehntel der Influenza-Sterblichkeit.

Die Hospitalisierungsrate liegt unter 0,5%. Die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems ist damit nicht mehr gegeben. Dies zeigen auch die aktuellen Zahlen der COVID-19-Fälle in den Kliniken, sowohl auf Normal- als auch auf Intensivstationen, zumal mehr als die Hälfte der offiziell gemeldeten Fälle nicht wegen COVID-19 hospitalisiert ist, sondern nur einen positiven Test aufweist.

Long-COVID ist keine aussergewöhnliche Gesundheitsgefahr, sondern, basierend auf den bisher vorliegenden Studien, ein seltenes Phänomen mit sehr unspezifischen Symptomen (z.B. Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Müdigkeit), die genauso eine Folge der «Corona-Massnahmen» sein können.

Unter diesen Umständen sind sämtliche Grundrechtseinschränkungen eindeutig verfassungswidrig und jegliche Impfpflicht natürlich obsolet, da nicht verhältnismässig. Die hohe Melderate positiver PCR-Tests («Inzidenz») ist kein Argument für Schutzmassnahmen. Immer mehr Länder beenden sämtliche Massnahmen bei viel höheren «Inzidenzen», sowohl bei positiven PCR-Tests als auch bei Hospitalisierungen.

Deutschland macht sich international ziemlich lächerlich mit seinem Vorgehen, und es entsteht der Verdacht, dass hier ein neuer Faschismus verstetigt werden soll. Wollen Sie da wirklich weiter dafür stimmen? Die Vision des Gesundheitsministers und seiner Unterstützer ist doch eindeutig. Jeder deutsche Bürger muss sich sein Leben lang alle paar Monate gegen COVID-19 impfen lassen (möglicherweise in Kombination mit Gripeschutz) und benötigt den Nachweis einer aktuellen Impfauffrischung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für die kommenden zwei Jahre sind acht(!) Impfdosen pro Einwohner bestellt worden.

Wachen Sie auf! Es geht um die dauerhafte, bedingte Gewährung von Grundrechten in Abhängigkeit vom Impfstatus. Wollen Sie in einer solchen totalitären Infektionsschutzdiktatur wirklich leben?

Jeder Abgeordnete, der in der aktuellen Situation noch eine Beibehaltung der grundrechtseinschränkenden Massnahmen befürwortet, hat dafür keine objektiv gerechtfertigten, medizinischen oder epidemiologischen Gründe, sondern andere, wahrscheinlich monetäre Motive. Dies ist angesichts der immensen Schäden, die die «Corona-Massnahmen», v.a. auch bei Kindern und Jugendlichen verursacht haben und weiter verursachen, zutiefst verachtenswert.

Ich hoffe, Sie kommen zur Vernunft und haben den Mut, sich gegen den politmedialen Mainstream in diesem Land zu stellen, und sich endlich für die Wiederherstellung des Rechtsstaats und der durch die Verfassung definierten, freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen.

Die Pandemie ist keine Gefahr mehr, und darüber sollten wir alle froh sein und uns wieder uneingeschränkt unseres Lebens freuen können.

Mit freundlichen Grüssen

Alexandar Allinger

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=80993>

In Dänemark, einem der am meisten geimpften Ländern, erreichen die Todesfälle einen Höchststand

uncut-news.ch, Februar 20, 2022

Zu Beginn dieses Monats hob Dänemark fast alle seine COVID-Massnahmen auf. In den öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es keine Gesichtsmasken mehr, die Geschäfte haben wieder unbegrenzt Kunden und auch die Nachtclubs haben wieder geöffnet.

«Wir verabschieden uns von den Einschränkungen und begrüssen das Leben, wie wir es vor Corona konnten», sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Dänemark war damit das erste EU-Land, das einen solch weitreichenden Schritt unternahm.

Während mehr als 80% der Dänen vollständig geimpft sind, nähert sich inzwischen die Zahl der Todesfälle einem Rekordhoch. Das ist merkwürdig, da sich nur relativ wenige Menschen auf der Intensivstation befinden.

In Israel zeigt sich ein ähnliches Bild: Trotz hoher Durchimpfungsrate verzeichnete das Land in diesem Winter eine Rekordzahl von Todesfällen. Der einzige Unterschied war, dass in Israel viele Menschen auf der Intensivstation lagen.

Auch in Schweden steigt die Zahl der Todesopfer, obwohl dort noch keine Rekorde gebrochen werden, weil frühere Wellen intensiver waren. Das ist seltsam, denn im Frühjahr 2021 gab es viele Corona-Patienten auf der Intensivstation, aber nur wenige Menschen starben. Heute gibt es nur noch wenige Patienten auf der Intensivstation, aber relativ viele Todesfälle.

Die hohen Todesraten in Dänemark und Israel trotz Impfung und die Milde von Omikron sind auffällig und sollten weiter untersucht werden, schreibt The Daily Sceptic.

QUELLE: WHY ARE DEATHS IN HIGHLY-VACCINATED DENMARK APPROACHING A RECORD HIGH?

Quelle: <https://uncutnews.ch/in-daenemark-eines-der-meist-geimpften-laender-erreicht-die-todesfaelle-einen-hoechst-stand/>

Die verrückten Massnahmen von Premierminister Draghi haben dazu geführt, dass nun eine Million Menschen ohne Einkommen dastehen.

uncut-news.ch, Februar 20, 2022



Die Pharmaindustrie und die Europäische Gesundheitsorganisation haben die Pflicht, die Gesundheit der Bürger zu schützen, auch vor unwirksamen Medikamenten und Impfstoffen, sagte der kroatische Europaabgeordnete Mislav Kolakusic im Europäischen Parlament.

Er wies darauf hin, dass die Europäische Gesundheitsorganisation Corona-Impfstoffe zugelassen hat, obwohl es keinen wissenschaftlichen Beweis für ihre Wirksamkeit gibt. «Sie haben eine Wirksamkeit von null Prozent», sagte Kolakusic.



«In Ländern, in denen der grösste Teil der Bevölkerung vollständig geimpft ist, steigt die Zahl der Krankenhauseinweisungen und Todesfälle», sagte er. «In England gibt es zehnmal mehr Corona-Patienten unter den Geimpften und auch viermal mehr Todesfälle», sagte er.

«Es ist an der Zeit, diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen und die Impfstoffe zu stoppen, die eigentlich keine sind», betonte Kolakusic.

«Als Ergebnis der irrsinnigen Massnahmen des italienischen Ministerpräsidenten Draghi sind eine Million Menschen ohne Einkommen», schrieb er auf Twitter. «Sie sind nicht an den Fakten interessiert und waren es auch noch nie.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-verrueckten-massnahmen-von-premierminister-draghi-haben-dazu-gefuehrt-dass-nun-eine-million-menschen-ohne-einkommen-dastehen/>

Das soziale Kreditsystem kommt in Kanada an

uncut-news.ch



Polizei und Demonstranten stehen sich am 19. Februar 2022 in Ottawa, Ontario, gegenüber.
(Alex Kent/Getty Images)

Justin Trudeau hat gerade eine Kaste von wirtschaftlich Unberührbaren geschaffen. Können wir verhindern, dass sich diese dystopische Politik in Amerika durchsetzt?

Letzten Sommer habe ich die Leser von Common Sense gewarnt, dass Financial Deplatforming die nächste Welle der Online-Zensur sein würde. Grosse Technologieunternehmen wie PayPal arbeiteten bereits mit linken Gruppen wie der ADL und der SPLC zusammen, um Listen von Personen und Gruppen zu erstellen, denen der Dienst verweigert werden sollte. Da immer mehr ähnlich gesinnte Tech-Unternehmen diesem Beispiel folgen (wie es bei der Zensur sozialer Medien der Fall war), würden diese Bedauernswerten deplatformed, debanked und schliesslich ganz aus der modernen Wirtschaft ausgeschlossen werden, als Strafe für ihre inakzeptablen Ansichten.

Diese Vorhersage hat sich bewahrheitet.

Was ich nicht vorhersehen konnte, ist, dass dies zuerst in unserem sanftmütigen Nachbarn im Norden geschehen würde, wobei die kanadische Regierung selbst die Repressalien anführt. Es bleibt abzuwarten, ob Kanada ein Vorreiter für die USA sein wird. Aber jeder, dem die Zukunft Amerikas als ein Ort, an dem die Bürger frei gegen ihre Regierung protestieren können, am Herzen liegt, muss verstehen, was gerade geschehen ist, und sich dafür einsetzen, dass es hier keine Wurzeln schlägt.

In den vergangenen drei Wochen haben sich Tausende von Lastwagenfahrern in Ottawa und entlang der kanadisch-amerikanischen Grenze versammelt, um gegen die Beschränkungen und Auflagen von Covid zu protestieren. Anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen oder sich ihre Anliegen anzuhören, denunzierte der kanadische Premierminister Justin Trudeau sie zunächst als «inakzeptable Ansichten». Dann dämonisierte er sie als weisse Rassisten und Hakenkreuzschwinger“.

Am Montag schlug die Rhetorik in Taten um, als Trudeau sich auf das Notstandsgesetz berief. Dieses bisher nicht genutzte Gesetz aus dem Jahr 1988 gibt der Regierung 30 Tage lang praktisch unbegrenzte Befugnisse, um eine Krise zu bewältigen. Die Inanspruchnahme des Gesetzes unter den gegebenen Umständen würde die Androhung oder Anwendung «ernsthafter Gewalt» erfordern, doch die überwiegende Mehrheit der Demonstranten verhielt sich völlig friedlich – sie spielten «We Are the World» und schwenkten Maple Leaf-Fahnen. In der Tat hat die Regierung kaum einen Versuch unternommen, die Notwendigkeit der Notstandsmassnahmen zu rechtfertigen, abgesehen von Trudeaus häufigen Klagen über die angeblich «hass-erfüllte Rhetorik» der Trucker. Sein Minister für öffentliche Sicherheit, Marco Mendicino, erklärte, dass solche aussergewöhnlichen Massnahmen aufgrund von «Einschüchterung, Belästigung und Hassbekundungen» notwendig seien. Vielleicht ist ihm nicht klar, dass nichts von alledem im Gesetz als gültiger Grund für die Inanspruchnahme des Gesetzes aufgeführt ist.

Trudeau eskalierte die Situation am Dienstagabend weiter, als er eine neue Richtlinie mit der Bezeichnung «Emergency Economic Measures Order» erliess. Unter Berufung auf ein Gesetz aus dem Krieg gegen den Terror namens Proceeds of Crime and Terrorist Financing Act (Gesetz über die Erträge aus Straftaten und die Finanzierung des Terrorismus) verlangt die Anordnung von Finanzinstituten – einschliesslich Banken, Kreditgenossenschaften, Genossenschaften, Kreditunternehmen, Trusts und sogar Kryptowährungs-Wallets – die Einstellung der Erbringung jeglicher finanzieller oder damit zusammenhängender Dienstleistungen für Personen, die mit den Protesten in Verbindung stehen (eine «benannte Person»). Dies hat laut CBC zu «eingefrorenen Konten, gestrandetem Geld und annullierten Kreditkarten» geführt.

Nach dieser neuen Anordnung sind die Banken verpflichtet zu prüfen, ob einer ihrer Kunden eine «designierte Person» ist. Eine «benannte Person» kann sich auf jeden beziehen, der «direkt oder indirekt» an den Protesten teilnimmt, einschliesslich Spendern, die über Crowdfunding-Seiten «Eigentum zur Erleichterung» der Proteste zur Verfügung stellen. Mit anderen Worten: Eine benannte Person kann genauso gut eine Grossmutter sein, die 25 Dollar zur Unterstützung der Trucker gespendet hat, wie einer der Organisatoren des Konvois.

Da die Spenderdaten der Crowdfunding-Website GiveSendGo gehackt wurden – und die durchgesickerten Daten zeigen, dass Kanadier den grössten Teil der gesammelten 8 Millionen Dollar gespendet haben –, drohen Tausenden von gesetzestreuen Kanadiern nun finanzielle Vergeltungsmassnahmen und der Ruin, nur weil sie einen Anti-Regierungs-Protest unterstützt haben.

In Ontario wurde bereits eine niedere Regierungsbeamtin entlassen, nachdem ihre 100-Dollar-Spende ans Licht gekommen war. Ein Gelato-Laden musste schliessen, als er Drohungen erhielt, nachdem bekannt wurde, dass sein Besitzer für den Protest gespendet hatte. Am Mittwoch trat Justizminister David Lametti im kanadischen Fernsehen auf, um den leisen Teil laut auszusprechen, nämlich dass jeder, der «eine Pro-Trump-Bewegung» unterstützt, «besorgt» sein sollte, dass seine Bankkonten und andere finanzielle Vermögenswerte eingefroren werden.

Wenn diese Demonstranten oder diejenigen, die sie unterstützt haben, in eine finanzielle Notlage geraten, weil sie ihren Job, ihr Geschäft oder ihr Bankkonto verlieren, was wird dann mit denen passieren, die versuchen, ihnen zu helfen? Werden die kanadischen Finanzinstitute gezwungen sein, «Six Degrees of Deplorables» zu spielen? Die Angst, in das Netz zu geraten, wird die Geschäftsaussichten derjenigen, die verdächtigt werden, «inakzeptable Ansichten» zu haben, mit Sicherheit einschränken und eine Kaste von Unberührbaren schaffen, mit denen niemand mehr Geschäfte machen oder ihnen helfen will.

B.J. Dichter, einer der Organisatoren der Proteste, dem alle seine Bankkonten und Kreditkarten gesperrt wurden, drückte das Gefühl der Verzweiflung aus: «Es fühlt sich an, als wäre man aus einem mittelalterlichen Dorf verbannt und dem Tod überlassen worden.»

Wie ist es zu diesem Punkt gekommen? Seit Jahren nutzen Ideologen den Vorwurf der Bigotterie, um Menschen aus ihren Jobs zu jagen, sie aus den sozialen Medien zu verbannen und ihnen das Recht auf Teilnahme an der Online-Wirtschaft zu entziehen. Viele Beobachter haben diese Fälle jedoch als Ausreisser abgetan – als Randbeispiele, die ignoriert werden konnten, weil sie unsympathische Personen betrafen. Doch jetzt haben wir es mit einer breiten Gruppe von Arbeitern und ihren Anhängern zu tun, die für ihren zivilen Ungehorsam finanziell entschädigt werden.

Die kanadischen Trucker sind von den Medien auf beiden Seiten der Grenze so gründlich als Rassisten und Fanatiker diffamiert worden, dass nur wenige über die alptraumhaften Folgen für die normalen Bürger nachdenken. CBC, CNN, MSNBC und die grossen Zeitungen beider Länder haben Trudeau auf seinem Weg in den Autoritarismus bejubelt und angefeuert – selbst als verschiedene kanadische Provinzen die Impfvorschriften aufhoben, die die Proteste ursprünglich ausgelöst hatten.

Vielleicht war niemand enthusiastischer als die CNN-Mitarbeiterin Juliette Kayyem. Auf Twitter ermutigte sie Trudeaus Regierung, zunächst «die Reifen aufzuschlitzen, die Tanks zu leeren, die Fahrer zu verhaften» und später «ihre Versicherung zu kündigen, ihre Führerscheine zu entziehen, jede künftige behördliche Überprüfung für Lkw-Fahrer zu verbieten» und andere Ideen, die extrem schienen, bis Trudeau einige von ihnen übernahm. «Glauben Sie mir», erklärte Kayyem, «ich werde nicht aufhören, dafür zu sorgen, dass es weh tut.» Man vermutet, dass Trudeau das auch nicht tun wird, selbst wenn das bevorstehende Ende der Pandemie diesen ganzen Streit irrelevant macht. Komisch, es ist fast so, als ob «die Grausamkeit der Punkt ist».

Das Selbstverständnis dieser Experten und Politiker könnte nicht mehr im Widerspruch zur Realität stehen. Sie geben sich als Verteidiger der Demokratie aus, während sie sich auf Notstandsbefugnisse berufen, ohne dass es eine gesetzgeberische oder öffentliche Debatte oder gar einen Notstand gibt. Sie behaupten, dass Vielfalt und Toleranz ihre höchsten Werte sind, während sie darauf bestehen, dass nur ein politischer Standpunkt akzeptabel ist und die Alternativen zensiert werden. Vor allem sehen sich die progressiven Eliten als Verfechter der Benachteiligten, während sie die Männer und Frauen der Arbeiterklasse verteufeln, deren wirtschaftliche Existenz durch ihre drakonische Covid-Politik zerstört wurde.

Diese Eliten werden bald zum nächsten Twitter-Eklat übergehen, aber das kanadische Volk wird noch lange mit den Folgen von Trudeaus Aktionen leben müssen, wenn der letzte Lastwagen abgeschleppt und der letzte Demonstrant von Tränengas, Blendgranaten und berittener Polizei geräumt worden ist. Am Wochenende erklärte der Polizeichef von Ottawa gegenüber Reportern, dass die Polizei die Demonstranten noch Wochen und Monate verfolgen wird: «Wenn Sie an diesem Protest beteiligt sind, werden wir aktiv nach Ihnen suchen und Sie mit finanziellen Sanktionen und Strafanzeigen verfolgen. Unbedingt.»

Obwohl die Eilanordnung das Einfrieren von Vermögenswerten nur für 30 Tage erlaubt, werden sich Banken und Finanzinstitute davor hüten, Geschäftsbeziehungen zu einer «designierten Person» aufzunehmen – oder zu jemandem, von dem sie glauben, dass er in Zukunft eine solche sein könnte. Im Vertrauen darauf, dass diese Privatunternehmen die schmutzige Arbeit für sie erledigen, wird sich die Regierung wahrscheinlich

zurückhalten, aber die abschreckende Wirkung auf politisch Andersdenkende wird bleiben. Es handelt sich um eine westliche Version des chinesischen Sozialkreditsystems, das politische Meinungsverschiedenheiten zwar nicht gänzlich verbietet, sie aber so kostspielig macht, dass sie für den normalen Bürger unpraktisch werden.

Wie können wir verhindern, dass diese dystopische Politik hier in den Vereinigten Staaten Fuss fasst? Einige meiner Freunde aus der Tech-Welt sagen, dass die dezentrale Blockchain und die Kryptowährung eine Antwort bieten – und das mag für pseudonyme Computerprogrammierer zutreffen, die ihre Arbeit von überall auf der Welt aus erledigen können. Aber es hilft nicht den LKW-Fahrern, die in der realen Welt unter der Aufsicht der Royal Canadian Mounted Police arbeiten.

Die wahre Antwort liegt in der Politik und im Gesetz. Die politischen Entscheidungsträger müssen Schutzmechanismen in unsere Gesetze einbauen, die die finanziellen Rechte der Bürger vor künftigen Notfällen schützen, die als Vorwand dienen könnten, sie abzuschaffen. So wie Richard Epstein, Professor an der University of Chicago, vorgeschlagen hat, dass die grössten Social-Media-Unternehmen wie gewöhnliche Spediteure behandelt werden sollten, um ihnen zu verbieten, die Meinungsäusserung einzuschränken, müssen wir vielleicht auch den grössten Finanzinstituten verbieten, Bürgern den Zugang zum Finanzsystem zu verweigern, weil ihnen deren Politik nicht gefällt. Um Diskriminierung aufgrund des Glaubensbekenntnisses zu verhindern, müssen politische Überzeugungen möglicherweise zu einer geschützten Klasse werden.

Wir müssen auch der schleichenden Definition des Begriffs «Terrorismus» Einhalt gebieten, dessen Verwendung so dehnbar geworden ist, dass er jetzt sogar wütende Mütter einschliesst, die gegen Schulbehörden kämpfen. Erst in diesem Monat hat das Heimatschutzministerium eine wenig beachtete Änderung seiner Definition von inländischem Terrorismus vorgenommen, indem es die «weite Verbreitung falscher oder irreführender Erzählungen im Internet über unbewiesenen, weit verbreiteten Wahlbetrug und COVID-19» als Hauptursache für die seiner Meinung nach erhöhte Bedrohung durch inländischen Terrorismus nannte. Wie wir seit über 20 Jahren sehen, ist «Terrorismus» das Zauberwort, mit dem jede Einschränkung von Rechten und jede Ausweitung der Regierungsgewalt gerechtfertigt werden kann.

Amerikanische Bürger dürfen niemals als Terroristen abgestempelt werden, nur weil sie ihr verfassungsmässiges Recht auf freie Meinungsäusserung, freie Religionsausübung oder friedliche Versammlung zu Protestzwecken wahrnehmen. Natürlich ist ein Gewaltakt, der im Dienst einer radikalen Sache begangen wird, Terrorismus, egal ob er in Bagdad oder Brooklyn begangen wird, aber eine verfassungsmässig geschützte Rede allein ist es nicht. Im Gegensatz zu dem von Universitätsverwaltungen und Personalabteilungen praktizierten Sicherheitsdenken ist Rede keine Gewalt. Eine Bürgerin, die in den sozialen Medien postet, auch wenn sie Impfstoffe in Frage stellt oder gegen Maskenpflichten wettet, schürt nicht den Terrorismus. Von uns in der freien Welt wurde verlangt, dass wir viele unserer Freiheiten zum Wohle unserer kollektiven Gesundheit während dieser Pandemie aufgeben. Aber von uns zu verlangen, dass wir unser Recht auf friedlichen Protest aufgeben oder dass unsere Finanzen im Namen eines vorgetäuschten Notstands ohne ordentliches Gerichtsverfahren beschlagnahmt werden, kann niemals zur Normalität werden. Um es mit den Worten von Richter Gorsuch zu sagen: «Auch wenn die Verfassung während dieser Pandemie Urlaub gemacht hat, SOCIAL kann sie nicht zu einem Sabbatical werden.»

QUELLE: A CREDIT SYSTEM ARRIVES IN CANADA

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-soziale-kreditsystem-kommt-in-kanada-an/>

Bundesregierung verliert ersten Kampf «Impf-Dreikampf»

20. Februar 2022 WiKa Medizin, Recht, Soziales 9



Die Spritze ist schon seit längerem Zankapfel zwischen Bürger und Regierung. Wobei die Regierung diesen Umstand in ihrem Elfenbeinturm noch gar nicht realisiert hat. In der Regel setzt sie sich mit kruden Gesetzen und Vorschriften brutalst möglich durch. Begreifen wir deshalb das Thema als athletischen und spritzigen «Impf-Dreikampf». Danach hat es die Regierung gerade mal wieder versammelt, soweit ergebene Gerichte das vorliegende Urteil nicht kassieren. Diesmal gab es die satte Watschen in besagtem «Impf-Dreikampf» vom Berliner Verwaltungsgericht. Während man fleissig an der vierte Fixe feilt, ist das Verwal-

tungsgericht zu der Erkenntnis gelangt, dass bei einer Johnson & Johnson Spritzung die einmalige Vergiftung ausreichend ist, um den Status «erfolgreich gespritzt» beizubehalten.

Wir sehen, es geht keineswegs mehr um Gesundheit. Es geht ums Prinzip und um die Tatsache, dass die edlen Giftstoffe irgendwie in den Volkskörper zu verpressen sind. Koste es was wolle. Dabei ist die Reputation der Bundesregierung noch das Billigste im Kampf um die Pharma-Milliarden. Natürlich handelt es sich einmal mehr um eine Einzelfallentscheidung. Die Verlautbarung dazu kann man hier finden: Johnson & Johnson-Impfstoff • Auch nur einfach Geimpfte gelten weiter als vollständig geimpft (Nr. 8/2022) ... [Berlin.de]. Das liegt daran, dass es die erste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist, wo die Normen noch nicht ganz so sehr wackeln. Das bleibt den weiterführenden Instanzen vorbehalten. Da die Geschichte allerhand Pulver bietet, zitieren wir aus der Pressemitteilung.

Verwaltungsgericht Berlin – Pressemitteilung vom 18.2.2022

Der Ausschluss von mit dem Vakzin von Johnson & Johnson nur einmal geimpften Personen vom vollständigen Impfschutzstatus durch das Paul-Ehrlich-Institut ist rechtswidrig. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin in einem Eilverfahren entschieden.

Die Antragstellerin liess sich im Oktober 2021 mit dem Vakzin von Johnson & Johnson (COVID-19 Vaccine Janssen) einmal gegen das Coronavirus impfen. Andere Schutzimpfungen gegen das Coronavirus hat sie nicht erhalten. Nur einmal mit dem Impfstoff COVID-19 Vaccine Janssen geimpfte Personen unterliegen seit der Änderung von § 2 Nr. 3 der COVID-19-Schutzmassnahmen-Ausnahmeverordnung (SchAusnahmV) und der im Januar 2022 aktualisierten Impfpfempfehlung nunmehr wieder bundes- und landesrechtlichen Infektionsschutzmassnahmen. Sie gelten nicht mehr als vollständig geimpft und sind deshalb von Erleichterungen und Ausnahmen von infektionsschutzrechtlichen Massnahmen ausgeschlossen. Hierdurch sieht sich die Antragstellerin in ihren Rechten verletzt.

Die 14. Kammer hat dem Eilantrag stattgegeben. Nach der im Eilverfahren allein möglichen und gebotenen summarischen Prüfung sei mit der erforderlichen hohen Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich die Vorschrift, auf der der Ausschluss von nur einfach mit dem COVID-19 Vaccine Janssen geimpften Personen vom vollständigen Impfschutzstatus durch das Paul-Ehrlich-Institut im Benehmen mit dem Robert Koch-Institut beruhe (§ 2 Nr. 3 SchAusnahmV), im Hauptsacheverfahren als rechtswidrig erweisen werde. Denn über den Immunisierungsstatus (auch infolge von Schutzimpfungen) habe nach der Verordnungsermächtigung im Infektionsschutzgesetz die Bundesregierung selbst zu entscheiden.

Die Übertragung dieser Entscheidung auf das Paul-Ehrlich-Institut überschreite die Grenzen der gesetzlichen Ermächtigung. Deshalb bedürfe es hier keiner Entscheidung, ob die Vorgabe einer zusätzlichen Einzelimpfung zur Erlangung des vollständigen Impfschutzes nach nur einer Impfung mit dem Impfstoff COVID-19 Vaccine Janssen sachlich verfehlt oder unzureichend begründet worden sei. Damit gelte die Antragstellerin nach der früheren Rechtslage bis auf Weiteres als vollständig geimpft, wenn auch nicht als geboostert. Gegen den Beschluss kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden.

Beschluss der 14. Kammer vom 18. Februar 2022 (VG 14 L 15/22)

Warum sollte sich die Regierung auch an Gesetze halten?



Warum sollte sich die Regierung auch an Gesetze halten? Nun, da hat der Gesetzgeber mal wieder eine handwerkliche Schlechtleistung abgeliefert. Aber nun wird es erst richtig ulkig. Es wäre demnach Sache des Gesetzgebers gewesen die Anzahl der befreienden Johnson & Johnson Spritzungen festzulegen, was er ja eingangs auch getan hat, als einmalige Spritzung? Besser noch, welcher Mix in welcher Quantität zu

spritzen ist, dass sich zumindest temporär bestimmte Grundrechte wieder einstellen können ... was für ein Irrwitz. Dies völlig unabhängig von allen Versprechungen hinsichtlich eines einmaligen Pieks diesen Edel-Befreiungs-Stoff betreffend. Natürlich ist an dieser Stelle keinesfalls zu hinterfragen, ob es dafür überhaupt eine Notwendigkeit gibt. Dies auch dann nicht, wenn nach zwei Jahren Pandemie zweifelsfrei belegt ist, dass die Überlebenschance ohne jegliche Spritze, Auffrischung, Booster oder Nachspritze bei rund 99,85 Prozent liegt.

Jedenfalls hätte weder das PEI noch das RKI die Befugnis gehabt einen solchen Unfug zu regeln. Für Hardcore-Unfug ist und bleibt die Regierung zuständig. Besonders brisant wird es, wenn man weiss, dass die Spritze, wie bereits angedeutet, ohnehin nichts bewirkt, ausser vielleicht zusätzliche gesundheitliche Risiken. Es geht lediglich darum, dem Bürger vorzuführen wer in dieser Bananenrepublik über die Körper der Menschen verfügt. Erinnert ein wenig an eine Staatseigentums-Debatte. Mit Sicherheit kann man sagen, dass es nicht der Souverän ist, der hier etwas zu entscheiden hat und schon gar nicht das Individuum, trotz anderslautender Grundrechte. Der Einzelne wird spätestens mit der in Aussicht gestellten «Spritzpflcht» endgültig der Verfügungsgewalt über seinen eigenen Körper enthoben. Aber da wo sich scheinbar alle Staatsgewalten gegen den Souverän verschworen hat, wird dieser keinen Blumentopf mehr gewinnen.

Jetzt mehren sich die Gründe für Sinn-, Gesetz- und Nutzlosigkeit

Dazu haben wir an dieser Stelle das wesentlichste abgeschrieben: Die zehn Gründe, warum die COVID-Impfung niemals verpflichtend sein sollte ... [KaiserTV]. Die Public Health-Wissenschaftlerin Abir Ballan, MPH, schreibt für pandata.org (Pandemics Data & Analytics). Das ist eine unabhängige Organisation multidisziplinärer Fachleute. Sie steht der weltweiten Reaktion auf das Sars-CoV-2 Virus, insbesondere den Lockdown-Massnahmen, kritisch gegenüber. Mit der Analyse internationaler Daten und ergebnisoffener Wissenschaft beteiligt sie sich am (unerwünschten) Diskurs. In ihren Beitrag «Reject the Divide» (Weist die Spaltung zurück!) erklärt sie, warum eine Impfpflicht niemals einen Platz in einer freien Gesellschaft haben kann.

Demnach birgt COVID-19 für einige wenige Personen ein hohes Risiko schwerer Erkrankungen und Tod. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist es jedoch ein vernachlässigbares Risiko. Das mittlere Sterbealter bei COVID-19 ist ähnlich dem natürlichen Sterbealter in den meisten westlichen Ländern. 95% der Todesfälle treten bei Personen mit einem oder mehreren bestehenden Gesundheitsproblemen auf. 99,95% der Personen unter 70 Jahren überleben. Bei gesunden Personen ist die Überlebensrate sogar noch höher. Bei Kindern und Jugendlichen ist das Risiko, an COVID zu sterben, nahezu gleich null. Hier nun die Gründe, warum man besser die Finger von der Impfpflicht lässt.

1. Nicht-Schädigung

Da wäre die hippokratische Pflicht, «zuerst keinen Schaden anzurichten». Es gibt immer mehr Beweise für schwerwiegende unerwünschte Ereignisse, insbesondere Herzmuskelentzündungen bei jungen Menschen, nach der COVID-19-Impfung. Meldesysteme für unerwünschte Ereignisse dienen als Signalsysteme, sodass sofort Massnahmen ergriffen werden können, um grösseren Schaden zu verhindern. Derzeit gibt es genügend starke Signale, um eine Untersuchung zu rechtfertigen. Impfstoffe sind auch für Personen mit bestimmten Gesundheitszuständen kontraindiziert. Die Impfung von schwangeren/stillenden Frauen muss mit grosser Vorsicht erfolgen – schwangere Frauen wurden von den Impfstoffversuchen ausgeschlossen; das COVID-19-Risiko ist bei gesunden Frauen im gebärfähigen Alter gering, während die Risiken des Impfstoffs für den Fötus/Säugling noch nicht bestimmt werden können.

2. Wohltätigkeit

Dann ist da die Pflicht, einen Nutzen für den Einzelnen zu erzielen. Gesundheitliche Interventionen sollten sich an den individuellen Bedürfnissen orientieren. Eine Impfung ist nur dann indiziert, wenn der Nutzen der Massnahme für den Einzelnen eindeutig grösser ist als das Risiko. Dieses Kriterium ist bei Kindern und Jugendlichen, Personen unter 60 Jahren ohne bestehende Gesundheitsprobleme und Personen mit einer früheren SARS-CoV-2-Infektion nicht erfüllt.

3. Respekt vor der Autonomie

Der Einzelne kann sein Wohlbefinden so gestalten, wie er es für richtig hält. «Jeder Mensch hat einen hohen Wert und darf nicht nur als Mittel zum Zweck des Wohlergehens anderer behandelt werden.» Dies bedeutet, dass vor jedem medizinischen Eingriff die informierte Zustimmung des Einzelnen eingeholt werden muss, d. h. er muss über die Risiken und den Nutzen des Eingriffs informiert werden und seine freiwillige Zustimmung erhalten, ohne dass «ein Element der Gewalt, des Betrugs, der Täuschung, der Nötigung, der Übervorteilung oder einer anderen Form von Zwang oder Nötigung» vorliegt. Gegenwärtig können die Menschen nicht umfassend über die Nebenwirkungen der Impfstoffe informiert werden, da noch keine Langzeitdaten vorliegen. Die Ergebnisse der Impfstoffversuche sollten von unabhängigen Wissenschaftlern überprüft wer-

den, bevor der Impfstoff an die Hochrisikogruppe ausgegeben wird. Alle Daten zur Wirksamkeit und Sicherheit müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.

4. Maximierung der Gesundheit

Die Maximierung der Gesundheit aller Mitglieder der Allgemeinheit erfordert einen ganzheitlichen und vielschichtigen Ansatz: Aufklärung der Öffentlichkeit über eine gesunde Lebensweise zur Verbesserung ihrer chronischen Erkrankungen, über die Bedeutung von Vitamin D bei der Bekämpfung von Atemwegsinfektionen, über die Bedeutung einer frühzeitigen Behandlung zu Hause, über die Verfügbarkeit lebensrettender Behandlungsprotokolle, über sichere und wirksame Arzneimittel (wie Ivermectin) sowie über Impfstoffe für die Hochrisikogruppe. Wenn Personen geimpft werden, bei denen das Risiko durch den Impfstoff grösser ist als der Nutzen, erhöht sich der Gesamtschaden.

5. Effizienz

Zudem ist da die Pflicht, mit begrenzten Mitteln möglichst vielen Menschen möglichst viel Nutzen zu bringen. Durch die Impfung von Personen, die keinen Nutzen aus der Massnahme ziehen, werden wertvolle Ressourcen von den Schwächsten abgezogen und von weitaus verheerenderen globalen Gesundheitsproblemen wie Tuberkulose, HIV, Diabetes, Krebs und Herzkrankheiten abgezogen.

6. Gerechtigkeit

Alle Menschen sind gleich viel wert, und niemand sollte aufgrund seiner Gesundheitsentscheidungen diskriminiert werden. Unfaire Praktiken wie die Verweigerung von Leistungen, Auflagen für die Beschäftigung, Reisebeschränkungen, höhere Versicherungsprämien für Ungeimpfte schaffen eine Zweiklassengesellschaft. Sie brechen die soziale Solidarität und den Zusammenhalt.

7. Verhältnismässigkeit

Das vernünftige Gleichgewicht zwischen dem Nutzen und den Kosten einer Massnahme im Hinblick auf das individuelle Wohlergehen und den kollektiven Nutzen muss ebenfalls betrachtet werden. Impfstoffe sollen den Geimpften Schutz gewähren. Es ist unethisch, wenn eine Person zum Wohle anderer ein Impfstoffrisiko eingeht oder persönliche Freiheiten verliert.

8. Die Übertragung von SARS-CoV-2

kann aufgrund einer ähnlichen Viruslast sowohl von geimpften als auch von ungeimpften Personen ausgehen. Das Virus kann auch unter Tieren übertragen werden. Selbst wenn alle geimpft sind, wird die Übertragung weitergehen und die Varianten werden sich weiterentwickeln. Eine Null-COVID-Strategie ist unrealistisch und unerreichbar.

9. Herdenimmunität

Kann durch eine Kombination aus natürlicher Infektion und Impfung erreicht werden. Die natürliche Immunität gegen SARS-CoV-2 ist breit gefächert und langanhaltend – stärker als die durch Impfung erzeugte Immunität, insbesondere bei der Bekämpfung von Varianten. Die Genesung von der Infektion verhindert bei einer erneuten Ansteckung eine schwere Erkrankung. Es ist nicht notwendig, den gesamten Planeten zum «Wohle» der Gesellschaft zu impfen.

10. Unabdingbare Rechte

Wie in Artikel 58 der Siracusa-Prinzipien zu den Beschränkungs- und Ausnahmebestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (1958) dargelegt, gelten diese Rechte unter allen Umständen, auch bei Bedrohung der «nationalen Sicherheit»:

«Kein Vertragsstaat darf, auch nicht in Zeiten des Notstands, der das Leben der Nation bedroht, von den Garantien des Pakts abweichen, die das Recht auf Leben, die Freiheit von Folter, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und von medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen ohne freie Zustimmung, ... und die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit betreffen. Von diesen Rechten darf unter keinen Umständen abgewichen werden, auch nicht zu dem behaupteten Zweck, das Leben der Nation zu schützen.»

Um die Gesundheit der Menschen kann es gar nicht mehr gehen ...

Die Situation ist inzwischen so absurd, dass man sich kaum mehr ernsthaft damit befassen mag. Es bleibt festzuhalten, dass gesundheitliche Aspekte nicht mehr verfangen. Um so klarer zeichnet sich ab, dass es zu einem reinen Machtkampf gerinnt. Hierbei hat sich die Politik (weltweit) festgelegt, alle Menschen irgendwie in das grösste medizinische Experiment aller Zeiten zu involvieren. Wäre es nicht sinnvoller dieser politischen Motivation intensiver nachzuspüren, wenn schon keine Besinnung und Rückkehr der Politik zum offenen, wissenschaftlichen Diskurs mehr zu erwarten ist?

Quelle: <https://qpress.de/2022/02/20/bundesregierung-verliert-ersten-impf-dreikampf/>

Die Aufklärungsverweigerer **Weil die Patienten eingewilligt haben, klärt der Staat mutmassliche** **Todesfälle durch die Corona-Impfungen nicht auf.**

von Susan Bonath



Samstag, 19. Februar 2022, 15:57 Uhr

Anders als bei herkömmlichen Vakzinen müssen Menschen in die Corona-Impfung für sich oder ihre Kinder schriftlich einwilligen. Grund ist offenbar nicht nur die bedingte Zulassung der neuartigen Wirkstoffe. Der Tod einer 15-Jährigen nach Empfang der Pfizer/BioNTech-Spritze zeigt: Wegen der Einwilligung werden Verdachtsfälle von schweren bis tödlichen Impfschäden in Deutschland von Amts wegen gar nicht aufgeklärt. So könne es nämlich keinen Strafvorwurf gegen Dritte geben. Von einer angeblich umfassenden Sicherheitskontrolle durch das Paul-Ehrlich-Institut kann ebenfalls keine Rede sein.

Herzstillstand nach Pfizer-Spritze

Kerstin B. aus Hollfeld im bayrischen Kreis Bayreuth erlebte den blanken Horror: Wenige Tage nach ihrer zweiten Impfung mit dem Coronavakzin der Konzerne Pfizer und BioNTech sackte ihre Tochter Cheyenne plötzlich mit einem Herzstillstand am Esstisch zusammen. Die 15-Jährige konnte zwar noch einmal reanimiert werden, verstarb aber wenig später, am 16. November 2021, im Krankenhaus. Die Ärzte hatten bei ihr unter anderem eine Herzmuskelentzündung und eine schwere Thrombose im Arm diagnostiziert – eine bereits bekannte, typische Komplikation nach einer solchen mRNA-Behandlung.

Die meisten Eltern hätten nach einem so schweren Schicksalsschlag wohl keine Kraft mehr, auch noch mit der Justiz zu ringen. Doch Kerstin B. will wissen, warum ihre Tochter sterben musste. Nie hätte sie gedacht, dass es ihr Kind treffen könnte, als sie den Impfbogen unterschrieb. Schliesslich betonte doch jeder, wie sicher die Impfstoffe seien. Cheyenne wollte frei sein durch die Impfung. Und ihre Mutter wollte ihr etwas Gutes tun mit der Einwilligung. Doch nun ist Cheyenne tot – und der Staat will nicht aufklären.

Dass der Fall überhaupt zu Ermittlungen führte, ist dem Arzt zu verdanken, der auf Cheyennes Totenschein eine ungeklärte Todesursache angekreuzt hatte. Deshalb und wegen des jungen Alters der Verstorbenen habe man eine Obduktion angeordnet, erklärte im November 2021 der Chef der Bayreuther Staatsanwaltschaft Martin Dippold. Das Verfahren zog sich hin, und als sich die Einstellung ankündigte, legte Kerstin B. mit einer Strafanzeige nach: Hatte der Arzt versehentlich in ein grosses Blutgefäss gespritzt? Darauf deutete die schwere Thrombose im Impfarm hin, vermutete die Mutter.

Weil das Mädchen im Raum Nürnberg geimpft wurde, übergab die Behörde in Bayreuth den Fall an die dortige Staatsanwaltschaft. Doch inzwischen ist er eingestellt, obwohl ein Gutachter die Impfung als Todesursache keineswegs ausschliessen konnte. Kerstin B. will dagegen Beschwerde einlegen. Wird sie angenommen, müsste die bayrische Generalstaatsanwaltschaft erneut prüfen. Die Erfolgsaussichten erscheinen allerdings gering. Der Hauptgrund: die Einwilligung der Mutter und des Mädchens in die Impfung.

Kein Ermittlungsbedarf wegen Einwilligung

Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth sagte im Gespräch mit der Autorin, ihre Behörde stütze die Einstellung des sogenannten Vorermittlungsverfahrens auf das Gutachten. Der Sachverständige habe darin erklärt, für eine versehentliche Verabreichung der Spritze in eine Vene statt in den Muskel gebe es keine Anhaltspunkte. Denn solche Vorkommnisse seien in der Literatur nicht beschrieben. Für die vorgefundene Thrombose im Impfarm der 15-Jährigen müsse es also eine andere Ursache geben.

Weiterhin habe die Obduktion eine bestehende Entzündung der Lunge und des Herzmuskels bei wahrscheinlicher Vorschädigung ergeben, von der die Mutter allerdings nichts wusste. Möglicherweise habe eine bakterielle Infektion bestanden, so die Sprecherin. Sie ergänzte: «Aber der Sachverständige betonte auch, dass solche Schäden grundsätzlich durch mRNA-Impfstoffe entstehen können.» Welche genaue Ursache vorliege, könne er nicht sagen. Aber das sei auch nicht nötig.

Die Impfung als Todesursache steht also weiter im Raum. «Hier zu ermitteln, ist aber nicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft», so die Sprecherin. Schliesslich liege eine Einwilligungserklärung vor, was bei fehlender vorsätzlicher Schädigung durch einen Arzt einen weiteren strafbaren Vorwurf ausschliesse. «Wir dürfen gar nicht weiter ermitteln, wenn keine Straftat vorliegt, dafür ist die Staatsanwaltschaft nicht da», betonte die Sprecherin.

Anders ausgedrückt: Ob die Impfung Cheyenne B. getötet hat, spielt überhaupt keine Rolle, weil Mutter und Tochter in die Behandlung eingewilligt haben. Mehr noch: Das dürfe die Staatsanwaltschaft gar nicht weiter prüfen, weil wegen der Einwilligung in die Impfung gar kein Anfangsverdacht für eine Straftat gegen Dritte vorliegen kann.

Dass viele ungeklärte Fragen um den plötzlichen Tod ihrer Tochter offen stehen bleiben, will Kerstin B. nicht akzeptieren. «Daher werde ich gegen die Einstellung der Ermittlungen bei der Generalstaatsanwaltschaft Beschwerde einlegen und weitere unabhängige Gutachten in Auftrag geben», teilte sie am 9. Februar 2022 mit. Die Mutter will weiterkämpfen. Bereits im Januar hatte sie dem Portal Oval Media ein längeres Interview gegeben.

2255 unaufgeklärte Todesfälle 2021 – darunter acht Kinder

Der Tod von Cheyenne B. weist tragische Parallelen zum Fall Jason aus Cuxhaven auf. Der 12-jährige Junge starb Anfang November 2021 ebenfalls kurz nach einer Pfizer-BioNTech-Impfung an einem Herzstillstand. Wie bei Cheyenne habe man auch bei ihm bei der Obduktion angeblich eine bis dahin unerkannte Herzvorerkrankung gefunden.

Danach wollte der Landkreis Cuxhaven nur noch gesunde Kinder impfen, obgleich laut Robert Koch-Institut (RKI) doch gerade vorerkrankte Kinder die Vakzine erhalten sollten. Besonders zynisch: Am Ende machte die Schlagzeile die mediale Runde, die Impfung sei nicht alleinige Todesursache bei Jason gewesen.

So steht es inzwischen auch im jüngsten sogenannten Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), der gemeldete Verdachtsfälle bis Jahresende 2021 umfasst. Allerdings bedeutet das auch: Wenn die Impfung nicht alleinige Todesursache war, war sie Mitursache und sehr wahrscheinlich auch der Auslöser. Das Kind könnte also ohne Impfung noch leben. Genauso unwahrscheinlich ist es, dass Cheyenne B. einen Herzstillstand ohne Impfung erlitten hätte.

Jason und Cheyenne sind zwei von acht nach einer Corona-Impfung verstorbenen Kindern, die dem PEI als Verdachtsfälle von Juni bis Jahresende 2021 gemeldet wurden. Und sie sind zwei von insgesamt im Bericht aufgeführten 2255 mutmasslichen Impftoten im Jahr 2021 – Dunkelziffer unbekannt.

Und Jason und Cheyenne tauchen vermutlich auch bei den Fällen der insgesamt knapp 245'000 gemeldeten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, darunter fast 30'000 schwerwiegende, für das gesamte Jahr 2021 auf.

Statistische Schätzungen ins Blaue

Und wenn wir uns anschauen, wie das PEI zu seiner Einschätzung kommt, dass bei 85 dieser 2255 gemeldeten Todesfälle die Impfung als Ursache «möglich oder wahrscheinlich» sei, kommt man unweigerlich zu dem Schluss: Von Amtswegen eindeutig aufgeklärt wurde wohl kein einziger Fall. Denn diese Zahl 85 kam nicht durch Obduktionen und andere rechtsmedizinische Untersuchungen zustande. Sie ist schlicht das Ergebnis einer statistischen Schätzung auf der Basis einer wissenschaftlich unsauberen Datengrundlage.

So pickt sich das PEI einfach jene Teilmenge der gemeldeten Todesfälle heraus, zu denen klinische Daten vorliegen. Diese unterteilt es dann in Todesursachen und setzt deren Anzahl jeweils in Bezug zur gesamten Gruppe der Geimpften. Das Ergebnis vergleicht es schliesslich mit statistischen Zahlen, die das prozentuale Vorkommen bestimmter Todesarten in der Gesamtbevölkerung beziffern. Hieraus will es sogenannte «Risikosignale» für bestimmte, gehäuft auftretene Todesursachen nach Impfungen erkennen.

Das ist schon aus dem Grund unwissenschaftlich, weil es sich bei den Meldungen nicht um untersuchte Fälle handelt, sondern schlicht um Fälle, die entweder Ärzte, Kliniken, Gesundheitsämter oder Angehörige dem PEI freiwillig gemeldet haben. Das Institut geht dabei selbst von einer Untererfassung aus. Früheren Studien zufolge werden lediglich zwischen 1 und 10 Prozent von Arzneimittelnebenwirkungen gemeldet.

Kurzum: Viele Impfpflichter werden vermutlich nicht gemeldet, weil Ärzte oder Angehörige keinen Zusammenhang mit der Impfung sehen oder sehen wollen.

Einige Fälle wiederum werden vielleicht gemeldet, obwohl sie nichts mit der Impfung zu tun haben können. Es ist überhaupt nicht klar, bei wie vielen Fällen die klinische Todesursache mit übermittelt wurde. Man kann also bei einer so unsauberen Datengrundlage gar nicht zu einer adäquaten Risikoeinschätzung kommen. Es handelt sich offensichtlich um statistische Schätzungen ins Blaue.

PEI beruft sich auf Herstellerangaben

Da das PEI aufgrund der unsauberen Methode also kaum selbst ein Risikosignal erkennen kann, stützt es sich ausserdem auf die sogenannten Rote-Hand-Briefe der Impfstoffhersteller. In solchen warnen die Konzerne vor selbst entdeckten Risiken und Nebenwirkungen, um sich vor rechtlichen Konsequenzen abzu-

sichern. Die Rote-Hand-Briefe werden Arztpraxen und Kliniken zugestellt – jeder Impfarzt muss also zumindest darüber informiert sein. Sie nutzen also eine Expertise, welche das oberste Ziel hat, die Profite der Biotech-Unternehmen zu sichern, die die Impfstoffe produzieren und vermarkten.

Die Konzerne Pfizer, BioNTech und Moderna, Entwickler der mRNA-Impfstoffe, benannten darin etwa Herzmuskelentzündungen als Nebenwirkungen. Die Unternehmen AstraZeneca und Johnson&Johnson, deren Vakzine kaum noch verimpft werden, berichteten von Blutgerinnseln mit gleichzeitigem durch eine Autoimmunreaktion ausgelösten Mangel an Blutplättchen. Die vom PEI mit der Impfung in Zusammenhang gebrachten 85 Verstorbenen erlagen ausschliesslich einem dieser «bekannten Impfrisiken» nach einer Gabe des dafür – laut Herstellern – infrage kommenden Vakzins. Anders sind die Ausführungen des PEI im Sicherheitsbericht nicht zu verstehen.

Bereits vor einigen Monaten hatte PEI-Sprecherin Susanne Stöcker auf Anfrage der Autorin übermittelt, dass es keine Zahlen zu durchgeführten Obduktionen habe. Dies sei allein Sache der örtlichen Behörden. Das PEI könne lediglich in Einzelfällen erfragen, was untersucht wurde. Auch damals verwies Stöcker auf den Fliesstext im Bericht zur statistischen Methode, mit der es «Risikosignale» entdecken wolle.

Keine Aufklärung vom Staat

Fassen wir zusammen:

Das eigentlich für die Überwachung der Sicherheit von Impfstoffen zuständige Paul-Ehrlich-Institut, das wie das Robert Koch-Institut dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) unterstellt ist, «überwacht» die Coronavakzine mit fragwürdigen statistischen Methoden, die nicht dazu taugen, echte Risiken zu erkennen, geschweige denn, besonders seltene schwerwiegende Auswirkungen ausfindig zu machen.

Die Verdachtsfälle werden nicht aktiv erfasst und nicht zielgerichtet untersucht, wie es eigentlich für eine ordentliche Aufklärung zu erwarten wäre. Stattdessen spekuliert das PEI Fälle mit wahrscheinlichem oder möglichem Zusammenhang mit der Impfung herbei, indem es sich auf Herstellerangaben, nicht auf eigene Untersuchungen stützt. Wir wissen also gar nicht, wie viele Menschen an der Impfung starben und wie viele schwerwiegende Nebenwirkungen es gab.

Untersuchungen zur Dunkelziffer gibt es nicht. Das Meldesystem beruht nicht auf aktiver Erfassung durch das PEI, sondern auf passiver Verdachtsmeldung. Untersuchungen obliegen regionalen Behörden, stellen die sich stur, müssten Angehörige auf eigene Kosten tätig werden. Es gibt also gar keine wissenschaftlich belastbare Datengrundlage mit vollständigen Zahlen, anhand welcher Vergleiche jedweder Art zur Gesamtbevölkerung vorgenommen werden könnten.

Der Tod von Cheyenne B. zeigt: Weil Geimpfte oder ihre Sorgeberechtigten für die Impfung unterschreiben, kann es keinen Verdacht gegen Dritte geben. Deshalb ist es nicht Auftrag und Aufgabe der Staatsanwaltschaften, kausale Zusammenhänge mit der Impfung zu untersuchen. Das macht die angebliche Sicherheitsüberwachung durch das PEI vollends zu einer Farce.

Erpressung zur «Freiwilligkeit»

Die Bundesregierung scheint also nach dem Motto zu verfahren: Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss. Wenn zwar massenhaft Verdachtsfälle gemeldet, diese aber nicht adäquat untersucht werden, gibt's eben keine echten Fälle. Das ist, als würde in einer hellen Vollmondnacht der Mond verschwinden, wenn man sich die Augen zuhält und nicht hinschaut.

Die dringenden Fragen, die sich hierzu stellen, sind aber folgende:

Wie konnte der Bundestag überhaupt die einrichtungsbezogene Impfpflicht beschliessen, ohne auch nur annähernd plausible Angaben zur Sicherheit der mRNA-Medikamente machen zu können? Wie kann die Politik so ganz ohne wissenschaftliche Sicherheitsdaten über eine solche Pflicht für alle über 18-Jährigen nachdenken?

Und: Das Gesetz nötigt nun also Beschäftigte im Gesundheitswesen unter existenzieller Bedrohung des Jobverlustes nicht nur dazu, eine staatlich verordnete Behandlung über sich ergehen zu lassen, sondern sogar, als Zeichen vermeintlicher Freiwilligkeit, dafür zu unterschreiben. So mogelt sich der Staat um die Aufklärungspflicht herum, und Betroffene oder Angehörige müssen letztlich wohl tief in ihr eigenes Portemonnaie greifen, um einen etwaigen Impfschaden zu beweisen. Ernsthaft? Ja, offenbar.

Auf Anfragen der Autorin dazu gingen die härtesten Vorprescher in Sachen allgemeiner Impfpflicht – wie erwartet – nicht ein. Von den vor mehr als zwei Wochen sieben angeschriebenen Bundestagsabgeordneten aus den Regierungsparteien SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP, die den Gesetzentwurf für die Impfpflicht ab 18 Jahren eingebracht haben, antwortete bisher nur einer. So kam aus dem Büro des Grünen-Politikers Till Steffen die Ansage: «Dr. Steffen hat leider keine freien Kapazitäten.»

«Freiwillige» Wahl zwischen Existenzvernichtung und Behandlung

Das BMG bestätigte in dieser Woche die Einschätzung der Autorin: Es läuft auf eine Form der existenziellen Erpressung – nämlich durch Entzug von Lohn und Brot – zur «freiwilligen» Impfung hinaus. BMG-Sprecher

Andreas Deffner verzichtete auf eine erbetene Stellungnahme zum oben geschilderten Sachverhalt. Auf weitere Fragen erklärte er sinngemäss:

Erstens setze eine medizinische Behandlung die mündliche Aufklärung und Einwilligung des Behandelten voraus, was letzterer mit seiner Unterschrift unter dem RKI-Aufklärungsbogen bezeuge.

Zweitens könne, jedenfalls theoretisch, auch das Gesundheitsamt Untersuchungen anordnen, etwa eine Obduktion. Inwieweit diese den Landkreisen oder kreisfreien Städten unterstellten Behörden, die immerhin in die Impfkampagne selbst eingebunden und derzeit extrem überlastet sind, so etwas überhaupt erwägen, sei dahingestellt.

Drittens, so Deffner weiter, hätten schliesslich auch Angehörige die Möglichkeit, Obduktionen auf eigene Kosten zu veranlassen, wenn es das Gesundheitsamt nicht tut. Allerdings reicht es hier wohl nicht aus, die Todesursache zu ermitteln. Es ist viel aufwendiger abzuklären, ob beispielsweise ein Herzinfarkt durch die Impfung ausgelöst wurde. Das kann leicht fünfstelligen Summen verschlingen.

An dem statistischen Prüfverfahren mit unvollständigen Daten hatte der Sprecher nichts auszusetzen. Denn kurz gesagt, schliesslich täten es EU-Behörden genauso. Deffner beschwichtigte zudem: «Eine Zwangsimpfung kommt auf keinen Fall in Betracht.» Kürzer gesagt: Man werde nicht mit Gewalt zur Impfung gebracht. Das klingt reichlich zynisch und man sollte wohl darüber diskutieren, inwieweit eine Erpressung mit Jobverlust, vielleicht sogar künftig mit dem Entzug von Arbeitslosen- und Sozialleistungen kein Zwang ist.

Wer vor der Wahl zwischen Existenzvernichtung und einer medizinischen Behandlung steht, hat keine Wahl.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-aufklarungsverweigerer>

Ehemaliger ZDF-Moderator: Verantwortliche für Corona-Politik müssen vor Gericht

Peter Hahne im Interview, Epoch Times 22. Februar 2022 Aktualisiert: 22. Februar 2022 10:00



Der ehemalige ZDF-Moderator Peter Hahne forderte in einem Interview mit dem Journalisten Boris Reitschuster die Aufarbeitung der Corona-Politik. Er analysierte die Lage in der Politik, in den Medien und welche Kollateralschäden im Zuge der Corona-Politik aufgetreten sind.

Hahne hat scharfe Kritik an der Berichterstattung während der Corona-Pandemie geübt. Sehr häufig habe das ZDF die richtige Anzahl von Demonstrationsteilnehmern gegen die Corona-Massnahmen «teils deutlich herunter korrigiert, um dadurch den Zuschauern das Bild eines «deutlich geringeren gesellschaftlichen Widerstandes» zu präsentieren.

Wendepunkt erreicht?

Journalismus heisst für den 70-Jährigen, an den offiziellen Zahlen und Aussagen zu zweifeln, sie zu hinterfragen und nach der Wahrheit zu suchen. Das habe es in den vergangenen zwei Jahren in den Medien kaum gegeben. Doch nun deute sich ein Kurswechsel an.

Als Beispiel erwähnte Hahne hierzu einen Artikel der Zeitung «Nürnberger Nachrichten». In den letzten zwei Jahren hätte die Zeitung regelmässig die Corona-Politik der Bundesregierung kritiklos unterstützt. Vor Kurzem hätte das Blatt aber «ganz neutral» einen ganzseitigen Artikel über einen Hygiene-Professor mit dem Titel «Sogar Händewaschen nützt nichts» abgedruckt. Das ist für Hahne der Beweis dafür, dass die Journalisten eingesehen hätten, dass dieser Mann etwas Richtiges sagte.

«Es wird sich zum Schluss auch die schlimmste Verschwörungstheorie von der Realität überholt sehen. Das erleben wir jetzt überall.»

In diesem Zusammenhang forderte Hahne, dass all jene aus Wissenschaft, Journalismus und Politik, die «diffamiert und verunglimpft wurden, rehabilitiert werden sollten». Im Gespräch mit Reitschuster erinnerte er sich auch an die dänische Zeitung «Ekstra Bladet», die sich bereits im Januar für ihre einseitige Corona-

Berichterstattung entschuldigt hatte. Das wünsche er sich auch von den hiesigen Medien und Politikern, so Hahne.

Klare Forderung nach zwei Jahren Corona

Der 70-Jährige äusserte eine klare Forderung nach zwei Jahren Corona: «Die Verantwortlichen müssen für die Corona-Politik mindestens durch politische Untersuchungsausschüsse, ideal durch Gerichtsprozesse, ganz klar belangt werden bei ihrer Verantwortung.»

So verlangte er in dem Interview eine gerichtliche Aufarbeitung und Aufklärung über die Vorkommnisse in der bisherigen Corona-Politik und wer dafür verantwortlich ist. Die Verantwortlichen, müssten zur Rechenschaft gezogen werden, betonte er.

Ausserdem bemängelte Hahne, dass die Politik zu Beginn der Pandemie Fachleute wie etwa Prof. Sucharit Bhakdi oder den Virologen Hendrik Streeck hätte zu Rate ziehen sollen. «Es wäre uns das Elend der letzten zwei Jahre erspart geblieben. Das ist die Wahrheit.»

Dabei bezog sich Hahne auf die Millionen Kinder, die in der Corona-Zeit wie in «Käfighaltung» gehalten worden seien und die «vielen Impftoten, über die man leider immer noch meist schweigt».

Veränderte Gesellschaft

Die grössten Sorgen bereiten Hahne aber nicht die Fehler in der Politik, wie er in dem Gespräch betonte. Vielmehr sei es das neu erworbene Bewusstsein von Millionen Menschen, die sich bereits an die – aus seiner Sicht – grösstenteils einseitige Corona-Berichterstattung gewöhnt hätten. Denn wenn diese Berichterstattung nun plötzlich beendet würde, würde diesen Menschen etwas fehlen. Er sagte, sie würden «sich sogar um die Wahrheit betrogen fühlen».

Der ehemalige ZDF-Journalist sagte, dass Sterben zum Leben dazu gehöre und man die Corona-Toten in Relation setzen müsse. Er analysierte auch: «In Deutschland herrscht eine Wohlstandsverwahrlosung.»

Als positives Zeichen empfindet er den Widerstand gegen den Impfdruck – obwohl Impfskeptiker viele Nachteile erleben. Den vielen kritischen Menschen aus Bereichen wie Pflege und Journalismus sei es laut Hahne zu verdanken, dass das «Corona-Konstrukt» zusammenbreche.

Peter Hahne war unter anderem Moderator und Redakteur des «heute journals» und der Hauptnachrichtensendung «heute», Moderator des ZDF-Sonntagstalks «Peter Hahne» und Moderator des Politmagazins «Berlin direkt». Ausserdem war er stellvertretender Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios Berlin und ab 2011 in der Programmdirektion des ZDF tätig. Seit Ende 2017 ist er pensioniert. (mf)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/verantwortliche-fuer-corona-politik-muessen-vor-gerichtex-zdf-moderator-hahne-corona-politik-muss-vor-gericht-a3728704.html>

Machtmittel Corona

Der seit März 2020 bestehende Ausnahmezustand globalen Ausmasses wurde jahrelang mit viel Akribie vorbereitet.

von Tilo Gräser, Kees van der Pijl, Dienstag, 22. Februar 2022, 16:00 Uhr

Der international anerkannte niederländische Politikwissenschaftler Kees van der Pijl beschreibt und analysiert in seinem neuesten Buch «Die belagerte Welt» die Ursprünge dieses beispiellosen Angriffs auf die Freiheit. «Nach jahrelanger Vorbereitung hat die herrschende Oligarchie, die heute weltweit die Macht ausübt, den Ausbruch der SARS-CoV-2 zugeschriebenen Atemwegserkrankung Covid-19 zum Anlass genommen, Anfang 2020 einen globalen Ausnahmezustand auszurufen», schreibt er im Vorwort. In einem Interview hat die neue Zeitschrift «ViER» beim Autor nachgefragt, wie er das begründet.

ViER: Herr Professor van der Pijl, in Ihrem neuen Buch beschreiben Sie «Die belagerte Welt», wie mit der Coronakrise die Angst als Machtfaktor mobilisiert wurde. Wer belagert die Welt und warum?

Kees van der Pijl: Die Welt ist in einen Belagerungszustand gebracht worden von den Kräften, die sich durch die wachsende Unruhe der Völker bedroht fühlen.

Sie erläutern in den sieben Kapiteln des Buches Ihre These, dass die herrschende Klasse den globalen Ausnahmezustand ausgerufen hat, um ihre Herrschaft zu sichern. Wer gefährdet diese Herrschaft und warum?

Die Analyse von statistischen Daten zu allen Arten von Unruhen in den letzten 50 Jahren – also Streiks, Demonstrationen, und so weiter – hat gezeigt, dass seit 2010 in allen Kategorien die bisherigen Höchstwerte überholt worden sind. Die direkte Ursache sehe ich in dem Finanzkollaps von 2008, der von Wolfgang Streeck analysiert worden ist als der endgültige Zusammenbruch der Versuche, innerhalb des entwickelten Kapitalismus den sozialen Frieden mit Inflation und Verschuldung zu bewahren, nachdem der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit um Ende der 1960er-Jahre im nordatlantischen Raum zusammengebro-

chen war. Mit dem Finanzkollaps wurden aber die Lebenschancen grossen Teilen der Weltbevölkerung drastisch nach unten revidiert.

Es ist gerade bekanntgeworden, dass selbst bei uns in den Niederlanden, wo laut Karl Marx alles 50 Jahre später stattfindet als anderswo, 2019 festgestellt wurde, dass etwa 30 Prozent der Menschen der Meinung waren, die Regierung handle so sehr gegen die Interessen der Bevölkerung, dass diese berechtigt sei, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Dabei war etwa 20 Prozent, also die Mehrheit der Aufstandswilligen, bereit, Gewalt einzusetzen. Die Forschungsgruppe war so erstaunt über diese Resultate, dass diese Umfragen noch einmal kontrolliert und durchgerechnet wurden, nur um festzustellen, dass sie richtig waren. Das gestiegene Unruhepotenzial zeigt sich mit den «Gilets jaunes» («Gelbwesten») und dem Rentenaufstand in Frankreich, mit dem «Arabischen Frühling» 2011, den katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, dem Kampf in Chile um eine neue Verfassung und so weiter.

Sie schreiben, dass ein möglicher Aufstand verhindert werden soll, ein «globaler Frühling». Interessanterweise hat der US-amerikanische Rechtsanwalt Bernard E. Harcourt 2018 in seinem Buch «Gegenrevolution – Der Kampf der Regierungen gegen die eigenen Bürger» (2019 auf Deutsch) diese prophylaktische Aufstandsbekämpfung beschrieben und analysiert. Diese habe in den USA nach dem 11. September 2001 begonnen. Es sei die Methode des Regierens im Inneren geworden, «ohne Ablaufklausel». Er nennt drei Elemente dieses Vorgehens: Die totale Informationskenntnis über die gesamte Bevölkerung; eine aktive Minderheit im Inneren aufspüren, ins Visier nehmen und beseitigen; Herzen und Hirne der Mehrheit, die allgemeine Bevölkerung gewinnen, ruhigstellen und beschwichtigen.

Das Ziel: Die Bürger sollen «normale, konsumierende» Bürger bleiben. Harcourt bezeichnet die Datenkontrolle als zentralen Kriegsschauplatz und die Daten als entscheidende Ressource.

Sie weisen in Ihrem Buch mehrmals auf politische Entscheidungen hin, die diese prophylaktische Aufstandsbekämpfung als Methode bestätigen. Ein tatsächlicher Aufstand ist aber nicht in Sicht. Warum wird diese Politik fortgesetzt?

Das Buch von Harcourt kenne ich leider nicht, es beweist aber, dass eine spezifische historische Situation von verschiedenen Seiten, unabhängig voneinander, in beinahe identischen Termini analysiert werden kann. Das unterstreicht natürlich nur, dass die Informationskriege, die heute gegen die Völker geführt wird, ein objektives Faktum und nicht nur ein Hirngespinnst sind. Wichtig bei Harcourt ist, dass er den 11. September 2001 als Wendepunkt nimmt.

In meinem Buch schlage ich vor, dass mit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems 1989/91 die Notwendigkeit einer neuen Methode des Regierens anerkannt wurde von Leuten wie Samuel Huntington, Philip Zelikow und anderen. Dabei sollte Angst – statt wie bisher materielle Vorteile kombiniert mit Ablehnung des Kommunismus – die Basis der legitimen Regierungsfähigkeit sein.

Mit dem 11. September 2001 und danach wurde dann die schon national wie in Italien ausprobierte Strategie der Spannung internationalisiert. Das wurde fortgesetzt über den Terrorismus bis heute zur Angstmache mit dem «Virus». Ich denke übrigens, dass die Unruhe, die ich als Anlass zur Entfesselung des Pandemie-szenarios auffasse, gerade wie in beziehungsweise nach den zwei Weltkriegen, nach dem Ausnahmezustand verstärkt zurückkehrt. Klaus Schwab warnt davon auch in seinem «Great Reset».

Pharmaindustrie als Nutzniesserin

Verschiedene Analytiker wie David Martin, Catherine Austin Fitts, Martin Armstrong oder Dirk Müller haben auf die Interessen der dominierenden Fraktionen des Finanzkapitals an dieser Krise hingewiesen. Es könnte danach darum gegangen sein, einen grösseren Crash als den von 2008/09 durch eine kontrollierte Krise zu verhindern. Sie selbst verweisen auf Naomi Kleins «Schocktherapie», auf deren These vom Katastrophenkapitalismus, der Krisen bewusst erzeugt, um Veränderungen durchzusetzen.*

Davon spricht auch die Finanzexpertin Fitts, die Sie im Buch zitieren. Der US-Finanzanalytiker David Martin erklärte im Juli 2021 gegenüber dem unabhängigen Corona-Ausschuss, dass es sich «nicht um eine Krise der öffentlichen Gesundheit handelte». Es handele sich um eine Marketingkampagne, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Warum wurde dafür ein Virus benutzt, ein Gesundheitsthema?

In meinem Buch sage ich, dass dem spekulativen Kapital bei der Bildung eines neuen leitenden Klassenblocks nicht die Führung anvertraut werden kann, weil es gerade den grossen Zusammenbruch 2008 verursacht hat. Stattdessen muss der Finanzsektor reorganisiert werden, namentlich durch die passiven Indexfonds wie «BlackRock». Auch die pharmazeutische Industrie ist zuerst Nutzniesserin, im Sinne von Katastrophenkapitalismus, nicht die führende Kraft. Es sind die Möglichkeiten, um Angstpolitik mittels einer Pandemiepanik zu betreiben, die ebenso seit den 1990er-Jahren untersucht worden ist, die die Pharmariesen an Bord gebracht hat.

Für viele ist Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos, mit seinen Ideen vom «Great Reset» der Kopf hinter der Krise. Sie widersprechen diesen Vorstellungen: «Es gibt nie eine einzige Quelle, keinen «Schwab», der alles erfunden hat und den gesamten Prozess hinter den Kulissen steuert.» Sie neh-

men stattdessen die Bill & Melinda Gates Foundation ins Visier, sehen diese im Zentrum des biopolitischen Komplexes als Machtfaktor. Warum?

Schwab hat selbst keine Milliarden zu verteilen, er ist höchstens als eine Art Sekretär zu begreifen. Seit der Gründung des WEF Anfang der 1970er-Jahre hat er immer Vorschläge zur Öffnung der Weltwirtschaft als Flucht aus den national festgefahrenen Klassenkompromissen gemacht, später dann auch mit Beihilfe der Digitalisierung. In diesem letzten Prozess aber sind andere Kräfte gross geworden, wie Google, Amazon und so weiter, und dabei eine Reihe von mittlerweile Multimilliardären entstanden. Gates ist dabei mit seiner Stiftung spezifisch die Verbindungsfigur zwischen dem IT-Sektor (Microsoft) und der Steuerung von Lebensprozessen im Agrar- und Gesundheitsbereich. Er verkörpert wie kein anderer den biopolitischen Komplex.

Die wirkliche Gefahr für die Demokratie

Sie schreiben, dass die Covidkrise genutzt wird, um ein neues «1848» zu verhindern, einen «Aufstand der Völker», vor dem Zbigniew Brzeziński 2013 gewarnt habe. 1848 gab es eine bürgerliche Revolution, es ging um bürgerliche Freiheit. Das gilt zumindest für das damalige Deutschland als gescheitert, bis heute. Interessanterweise setzen sich jene, die gegen die Corona-Politik protestieren, für bürgerliche Freiheiten ein und werden dafür angegriffen. Wie beurteilen Sie das?

In meinem Buch habe ich auch versucht, eine Art Klassenanalyse zu entwickeln. Danach bestimmt und definiert die städtische Oberschicht (etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Westeuropa), die für die Oligarchie arbeitet, auch die Themen in Politik und Medien. Demgegenüber steht einerseits eine ebenso grossstädtische Einwandererbevolkerung, überwiegend eine Unterklasse, aber andererseits auch eine «einheimische», deklassierte ehemalige Arbeiterbevölkerung, Mittelstand, Bauern und so weiter, die teilweise in den Provinzstädten lebt. Weil nun beinahe alle Politik in ein breites Zentrum, eine breite «Mitte», absorbiert worden ist (eine Art Grosse Koalition in Permanenz), auch die ehemaligen, aus der Arbeiterbewegung gewachsenen Linken, sind für die «Einheimischen» nur die national-populistischen Parteien als Interessenvertreter übrig geblieben.

Die sind rechts beziehungsweise extrem rechts und bezeichnen das Zentrum, die Mitte als «links»; das Zentrum seinerseits hört nicht auf, die rechtsextremen Ursprünge des Nationalpopulismus zu betonen, obwohl verschiedene von diesen rechten Parteien mittlerweile auch die Vertreter eines viel breiteren Kräftefelds geworden sind, da die historisch Linke die «Einheimischen» nicht mehr vertritt, geschweige denn verteidigt und sie häufig als Rassisten und Ähnliches beschimpft.

Meiner Meinung nach wird die Demokratie heute aber hauptsächlich bedroht vom breiten Zentrum, der «extremen Mitte», welche die Globalisierungspolitik und den Neoliberalismus durchsetzt; nicht wie in den 1930er-Jahren von extrem rechten Parteien wie den Nazis, die damals für die herrschende Klasse eine Hilfskraft für Notfälle bildeten.

Was Sie schreiben, erfüllt Kriterien dessen, was in Mainstream-Medien als «Verschwörungstheorie» diffamiert wird. Sie haben mit solchen Vorwürfen Erfahrungen, nachdem Sie sich unter anderem mit dem Abbruch des malaysischen Passagierflugzeuges MH 17 über der Ostukraine 2014 beschäftigt haben. Was antworten Sie auf solche Vorwürfe?

Ich habe für mehr als 50 Jahre in Amsterdam und Sussex mit einer Theorie von Klassenbildung gearbeitet, die dabei natürlich weiterentwickelt wurde, von einem einfachen Zweiklassenmodell bis zu detaillierten Analysen von Kapital- und Klassenfraktionen und wie sie in die Geopolitik, über die nationalen Grenzen hinaus, eingebettet sind. Was sich fundamental geändert hat, ist nicht mein Ansatz, wohl aber, dass sich im Zeitalter der Angstpolitik eine Art von «vorgeschriebener Wirklichkeit» durchgesetzt hat: «9/11» war Osama Bin Laden mit 19 Arabern, MH 17 war Putin, die Pandemie wurde von einer Fledermaus verbreitet und so weiter. Das sind richtige Verschwörungstheorien, da immer nur von einer (Haupt-)Kraft die Rede ist, die eben die Gegenkräfte organisiert, also hinter allem steht.

Mittlerweile ist im Rahmen der Angstpolitik nicht mehr erlaubt, von der vorgeschriebenen Wirklichkeit abzuweichen. Gesellschaftskritische Ansätze werden als Verschwörungstheorie diskreditiert. Fragen sind nicht erlaubt, Debatte ist ausgeschlossen, sonst könnte die vorgeschriebene Wirklichkeit zusammenbrechen. Denn zur gleichen Zeit nimmt unsere Fähigkeit, die realen Verhältnisse hinter der vorgeschriebenen Wirklichkeit zu erkennen, ständig ab — damit auch die Möglichkeiten, Realität und ideologische Täuschung in ihren Wechselwirkungen zu analysieren. Das ist das Muster: keine Diskussion bitte!

Raus aus der Zuschauerrolle

Viele gesellschafts- und kapitalismuskritische Stimmen, linke, kritische Denker und Wissenschaftler akzeptieren bei der Coronakrise die von den herrschenden Eliten und den sie unterstützenden Medien verbreiteten offiziellen Erklärungen von der vermeintlichen grossen Gefahr durch ein tödliches Virus. Ein prägnantes Beispiel ist Noam Chomsky. Wie beurteilen Sie das?

Der historische Materialismus ist als intellektuelle Tradition nach den 1970er-Jahren immer weniger weiterentwickelt worden und durch den Postmodernismus und sonstige Ansätze von seinen erkenntnistheoreti-

schen Grundlagen gelöst worden. Auch hier ist der Zusammenbruch des Sowjetsystems, das mit dem Marxismus identifiziert wurde, natürlich ein wichtiger Faktor gewesen. In den 90er-Jahren stieg der Publikationszwang an, während gleichzeitig anonyme Peer Review von Manuskripten es möglich machte, jede unerwünschte Strömung auszugrenzen. Noch als Marxist im akademischen Feld zu überleben, war nur für wenige möglich, und sie waren zu wenig, um eine ganze Tradition in der Breite weiterzuentwickeln.

Die linke Politik hat also immer weniger Impulse zur Weiterbildung ihres ideologischen Erbes bekommen, da ihre Kader, oft direkt von den Universitäten, für die Gewerkschaft oder die Sozialdemokratische Partei und so weiter rekrutiert wurden. Letztendlich ist die linke intellektuelle Tradition beinahe ganz verschwunden, jedenfalls macht man damit keine Karriere mehr, weder an der Uni oder noch in der Politik. Chomsky ist nach «9/11» einfach der Linie der vorgeschriebenen Wirklichkeit gefolgt. Ich habe einst angefangen, Politikwissenschaft zu studieren, inspiriert von seiner Kritik am Vietnamkrieg, aber das ist lange her.

Welchen Ausweg aus der Krise sehen Sie? Welche Chancen für konstruktiven Widerstand gibt es aus Ihrer Sicht? Sie zeichnen im Buch «die Konturen der alternativen Gesellschaft». Diese setze «die Enteignung der Oligarchie voraus, die die Errungenschaften der IT- Revolution zu ihrem Privateigentum gemacht hat». Wie realistisch ist das?

Es ist nicht unmittelbar realistisch, aber die Realität entwickelt sich sehr schnell, gerade in diesen komplett verrückten Zeiten der Covidkrise. Wir sehen heute, wie der Kapitalismus sich unter Benutzung von verbrecherischen Methoden wie Massenimpfung, auch von Kindern, mit gentherapeutischen, unvollständig geprüften Substanzen nach vorne schlägt, um einen Ultra-Kapitalismus einzuführen.

Die digitale Überwachung der Bevölkerung mittels eingespritzter Nanoelektronik muss dabei die Pläne der 2016 von Microsoft, die Rockefeller Foundation und das Impfnetzwerk Gavi gestifteten «ID2020» verwirklichen. Das soll die Akzeptanz extremer Konzentration der Reichtümer an der Spitze, neben Enteignung von allem darunter, wie Kleinbetriebe, einschliesslich Läden und Bauernbetriebe, Häuser, sicherstellen.

Dennoch sind die Herrschaftsverhältnisse im heutigen, kriminellen Kapitalismus äusserst labil, eben wenn das (noch) nicht unmittelbar manifest wird. Es kann aber nicht stabilisiert in der heutigen Form werden. Alles ist in rasend schneller Entwicklung, die natürlich auch in einer unbeherrschbaren Katastrophe enden kann. Aber das erinnert uns nur daran, dass wir keine Zuschauer bleiben können und eine Handlungsperspektive entwickeln müssen.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/machtmittel-corona>

Todesfälle in Australien steigen nach Einführung des Impfstoffs sprunghaft an

uncut-news.ch, Februar 21, 2022

Bis zum 10. Oktober letzten Jahres war die Hälfte der australischen Bevölkerung gegen Corona geimpft worden. Bis November waren 70 Prozent geimpft worden. Am 10. Oktober wurden 1448 Corona-Tote im Land registriert. Jetzt sind es über 4800, und etwa 80% der Gesamtbevölkerung sind vollständig geimpft. Die Zahl der Todesfälle ist seit der Einführung des Impfstoffs rapide angestiegen. Am 3. September 2020 lag die Zahl der täglichen Todesfälle durch Kronen bei 0,85 pro Million Menschen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Impfstoffe noch nicht auf dem Markt.

Bis zum 11. Januar dieses Jahres, als fast 78% der Bevölkerung vollständig geimpft waren, war die Zahl der täglichen Todesfälle durch Covid auf 0,97 pro Million Menschen angestiegen. Die Zahl erreichte am 30. Januar ihren Höhepunkt, als 3,39 Todesfälle pro eine Million Menschen gemeldet wurden. Die Sterblichkeit war damit viermal höher als im Jahr 2020, schreibt «The Daily Sceptic».

Darüber hinaus gab es in Australien am 9. August 2020 knapp 2,17 Intensivpatienten pro Million Einwohner. Am 18. Januar dieses Jahres lag die Zahl bei 16,44. Frankreich, Schweden, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten weisen ein ähnliches Muster auf.

Unterdessen nehmen die Corona-Proteste in Australien zu. In der australischen Hauptstadt Canberra war am vergangenen Wochenende eine riesige Menschenmenge auf den Beinen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/todesfaelle-in-australien-steigen-nach-einfuehrung-des-impfstoffs-sprunghaft-an/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünftigen Menschen

der Erde, an alle FIGU Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinn und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread “death rune” which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the “death rune” means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the “death rune”, disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU Interessengruppen, Studiengruppen und Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the “death rune”, which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-“ausartung” and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU ZEITZEICHEN UND FIGU SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit Verlag,

Semjase Silver Star Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich

FIGU- Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ Telephon +41(0)52 38513 10 (7.00 h – 19.00 h) / Fax +41(0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703-3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703-3,

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internet: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



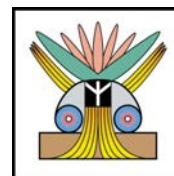
© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nichtkommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase Silver Star Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz